

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße 16 b.  
Telephonruf: Nr. 3992.

Inserate für Stellenvermittlung  
Preis der sechsgepaltenen Kolonelle 1 Mark.  
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **308 000** Exemplaren  
erscheint diese Ztg.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

#### An unsere Mitglieder!

Seit einigen Wochen befinden sich die Former und Gießereiarbeiter in Aachen, Braunschweig, Breslau, Dresden und Hannover im Streik und ebensolange sind über 20000 in der Metall- und Maschinenindustrie beschäftigte Arbeiter ausgesperrt, weil die Unternehmer die bekannnten geringfügigen und daher leicht erfüllbaren Forderungen der Gießereiarbeiter nicht nur abgelehnt haben, sondern es nicht einmal für notwendig hielten, wie beispielsweise in Dresden, auch nur mit den Kommissionen der Arbeiter über deren Forderungen sachgemäß zu verhandeln. Man erklärte den Arbeiterkommissionen einfach, daß man die verlangten Anfangslöhne ebensowenig bewilligen könne, wie die Sicherstellung der Preise für ausprobierte Afforde gegen willkürliche Lohnabzüge. Entsprechend dem genugsam bekannnten und infolge der Vorschriften des Metallindustriellenverbandes für seine Mitglieder auch innerlich unwahren „Herrn im Hause“-Standpunktes wollen die Unternehmer nach wie vor die Arbeitsverhältnisse einseitig regeln und die Arbeiter nach Gutdünken entlohnen. Sie lehnen die Festsetzung „bestimmter Normen“ mit dem gänzlich unzutreffenden Einwand ab, daß eine „schablonenhafte Ordnung“ nicht möglich wäre. Und doch sind es gerade die Unternehmerorganisationen selbst, die durch ihre bisherige sozial rückständige Stellung zu den wichtigsten Arbeiterfragen der Gegenwart alles schablonisiert und dadurch jedweden gesunden Fortschritt verhindert haben.

Es ist das alte Lied: Die Unternehmer glauben die streikenden Arbeiter zur Aufgabe ihrer Forderungen dadurch zwingen zu können, daß sie eine möglichst große Anzahl am Kampfe selbst unbeteiligter Arbeiter aussperrten, um dadurch die den Kampf führende Organisation finanziell schwach zu machen. Nur so ist es zu verstehen, daß die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung in ihrer Nr. 16 vor jeder Nachgiebigkeit als dem „ersten Schritte zu völliger Niederlage“ der Unternehmer warnt und den Rat gibt: „Überall da, wo in jetziger Zeit noch ein Streik einsetzt, hat ohne weiteres die Totalausperrung Platz zu greifen.“ Nur so ist es auch zu verstehen, daß der Ausschuß des „Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller“ am 20. dieses Monats eine Sitzung abgehalten und angekündigt hat, am 2. Mai werde eine weitere Ausschusssitzung stattfinden, „um darüber Beschluß zu fassen, in welcher Weise den angegriffenen Bezirksverbänden Hilfe gebracht werden soll“... „Es kann sich dann“, so heißt es in der betreffenden Bekanntmachung weiter, „um sehr folgenschwere Beschlüsse handeln“.

Was damit gemeint ist, ist sonnenklar. Der Metallindustriellenverband (nicht die Gießereibesitzer, denn diese sind ausgesperrungsmüde und wollen sich mit ihren Arbeitern verständigen) will nicht nur die bereits inszenierten Aussperrungen entschieden durchzuführen, sondern sie durch Ausdehnung über ganz Deutschland bedeutend erweitern. So sieht denn in der Metallindustrie der Ausbruch eines Riesenkampfes bevor, wie ihn ähnlich diese Industrie in Deutschland noch nicht gesehen hat. Wohl sind zurzeit, als dies geschrieben wird, auf Drängen der ausgesperrungsmüden Gießereibesitzer Unterhandlungen im Gange. Aber niemand kann wissen und im voraus sagen, ob sie zu einem die Arbeiter befriedigenden Übereinkommen führen. Denn schon mehr als einmal hat der Metallindustriellenverband die im Gange befindliche Einigung der Gießereiarbeiter mit den Gießereibesitzern in verschiedenen Orten gestört und durch seine „schablonenhafte“ Abweisung der Forderungen die Arbeiter zur Arbeitseinstellung oder zur Fortführung des Kampfes genötigt. Das kann auch diesmal wieder so kommen und so eine Aussperrung von noch größerem Umfang eintreten, wie wir sie gegenwärtig schon haben.

Zu dieser Situation mußte der Vorstand Stellung nehmen und rasch und entschieden handeln. In Gemeinschaft und Übereinstimmung mit dem Beirat hat der Vorstand beschlossen: vom 12. Mai an bis auf weiteres einen Extrabeitrag von wöchentlich 25 Pfennig von den männlichen Mitgliedern zu erheben. Die Begründung dieses Beschlusses ist gegeben auf Grund der außerordentlichen Inanspruchnahme unserer Verbandsmittel für den Fall, daß der Metallindustriellenverband die in Aussicht genommene Erweiterung der Aussperrung durchführt, sowie auch durch die Bestimmungen des § 4 Abs. 1 unseres Statuts, worin es heißt: „In außerordentlichen Fällen kann vom Vorstand die Erhebung von Extrabeiträgen angeordnet

werden und sind solche Anordnungen für alle Mitglieder bindend.“ Nach übereinstimmender Ansicht des Vorstandes und Beirats liegt ein solch außerordentlicher Fall vor. Es gilt Vorbereitungen für den Fall zu treffen, daß die Unternehmerorganisation ihre Androhung der Erweiterung der Aussperrung wahr macht. Wohl sind die Verbandsmittel zur Durchführung der übernommenen Kämpfe mehr wie ausreichend, es gilt aber allen Eventualitäten gegenüber genügend gerüstet zu sein. Denn die Beschaffung eines ausreichenden Widerstandsfonds ist neben der weiteren Steigerung unserer Mitgliederzahl das allerbeste Mittel, den Angriff der Unternehmerorganisation wirksam nicht nur augenblicklich, sondern für immer zurückzuschlagen und uns den Einfluß zu sichern, der zur Herbeiführung sachgemäßer Verhandlungen von Organisation zu Organisation notwendig ist.

Wir glauben gar nicht erst besonders an die Opferfreudigkeit der Mitglieder appellieren zu müssen, sondern nehmen an, daß jedes Mitglied, den Ernst der Situation einsehend, gern und willig den vom Vorstand hiermit angeordneten Extrabeitrag von 25 Pfennig wöchentlich entrichten wird. Die Mitglieder mögen dabei insbesondere bedenken, daß die geleistete Steuer früher oder später ihnen durch den wachsenden Einfluß der Organisation auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wieder zu gute kommen wird.

Stuttgart, im Mai 1906.

Der Vorstand  
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

### Machtproben.

Die Unternehmerpresse war in der Wahl ihrer Mittel noch nie wählerisch, wenn es sich um die Bekämpfung der Arbeiterbewegung handelte. Aber was sie in diesen Tagen an Verdrehung der Tatsachen leistet, übersteigt alles bisher dagewesene. Jede geringfügige Forderung der Arbeiter wird als unerfüllbar bezeichnet, und machen die Arbeiter gar von dem ihnen zustehenden Rechte der Arbeitseinstellung Gebrauch, dann wird dies als „Machtprobe“ erklärt, wogegen die schärfsten Abwehrmaßregeln ergriffen werden müßten. Einen wahren Wettsitz führt aber allwöchentlich die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung auf, die sich der allerhöchsten Protektion des Deutschen Metallindustriellenverbandes rühmen kann. In ihrer Nr. 16 veröffentlicht das Blatt einen Artikel: „Sturmzeichen“. Den deutschen Industriellen wird darin graulich gemacht mit der jetzt in Frankreich propagierten „direkten Aktion“ und der „Sabotage“ und es wird ihnen vorgelogen, daß der gegenwärtigen Ausstandsbewegung in Deutschland offensichtlich die Absicht der Sozialdemokratie zugrunde liege, einen entscheidenden Schlag einzuleiten. „Nachgiebigkeit wäre also in diesem Falle der erste Schritt zur völligen Niederlage. Darum ist es notwendig, daß dem Vorstoß mit einem Gegenstoß begegnet wird. Das heißt: wo in jetziger Zeit noch ein Streik einsetzt, hat ohne weiteres die Totalausperrung Platz zu greifen. Wird dies mit der nötigen Entschlossenheit durchgeführt, dann dürfte die Gefolgschaft des revolutionären Zentralkomitees wahrscheinlich zu der Erkenntnis gelangen, daß die Machtvollkommenheit der Führer vorläufig noch längst keine so große ist, wie dies von ihnen versichert wird...“

Nur Leute, die die literarische Brunnengiftung als Erwerb betreiben, können derartigen Wahnsinn produzieren. Oder ist es etwa nicht wahrhaftig, anzuraten, wegen jedes Streiks, und wäre er auch der berechtigteste — solche gibt es ja angeblich sogar nach Ansicht der Arbeitgeber-Zeitung und des Metallindustriellenverbandes — eine Totalausperrung vorzunehmen? Welches Geschrei würde die Unternehmerpresse wohl erheben, wenn die Arbeiter abgewiesene Forderungen in einem Betrieb oder an einem Orte mit einem Totalstreik beantwortet würden?

Wie die Arbeitgeber-Zeitung von der Gesamtbewegung der Arbeiter ein Zerrbild entwirft, so im besonderen von der Metallarbeiterbewegung. In derselben Nummer, in der sie den erwähnten wahnwitzigen Vorschlag macht, schreibt sie auch:

„In der Eisenindustrie dauert der große, vom Metallarbeiter-Verband entfachte Kampf um die Nacht unangeseht an. Hannover, Dresden, Breslau, Aachen sind die Hauptplätze, an denen die Kraftprobe zum Austrag gebracht werden soll, aber an zahlreichen anderen Plätzen Deutschlands ist es ebenfalls schon zu Ausständen und Aussperrungen gekommen. Sehr lebhaft hat die Bewegung neuerdings in Hagen eingesetzt, wo der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Herr Donath, für die Verbreitung der Unruhe Sorge getragen hat. Auch aus München wird ein Anschwellen der Metallarbeiterbewegung gemeldet. In den Hauptorten ist die notwendig gewordene Aussperrung glatt und mit großer Einnigkeit seitens der Arbeitgeber durchgeführt worden, es scheint aber, daß der Metallarbeiter-Verband noch weit stärkerer Beschönigungsformeln bedarf, ehe er das Ausloste je ner Anstrengungen erkennt.“

Worin wohl die „stärkeren Beschönigungsformeln“ bestehen sollen? Nach Ansicht der Arbeitgeber-Zeitung selbstverständlich in einer Aussperrung aller deutschen Metallarbeiter. In diesem Sinne deutete auch die übrige Unternehmerpresse

folgende Mitteilung, die in Nr. 16 der Arbeitgeber-Zeitung enthalten ist:

„Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat am Freitag den 20. April d. J. eine Ausschusssitzung abgehalten, in welcher die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband ins Werk gesetzten Streiks von Eisengießereiarbeitern und die daraus entstandenen Aussperrungen einer Besprechung unterzogen wurden. Die Angelegenheit soll in dieser Woche in allen Bezirksverbänden weiter beraten werden, und am 2. Mai soll der Ausschuß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller wieder zusammentreten, um darüber Beschluß zu fassen, in welcher Weise den angegriffenen Bezirksverbänden Hilfe gebracht werden soll. Es kann sich dann um sehr folgenschwere Beschlüsse handeln.“

Diese Notiz ist eine dreifache Täuschung der Öffentlichkeit. Denn die betreffenden Bezirksverbände sind nicht die Angegriffenen, sondern die Angreifer. Sie haben unter Zustimmung des Gesamtverbandes den Gießereibesitzern die Pistole auf die Brust gesetzt und ihnen verboten, die bescheidenen Forderungen der Former und Gießereiarbeiter zu bewilligen. Sie haben die Aussperrungen befohlen! Sie haben sich selbst in die fatale Situation gebracht, in der sie sich befinden. Den professionellen Scharfmachern sitzt nun das Messer an der Kehle und sie wollen sich durch einen weiteren, noch brutaleren Gewaltakt aus der fatalen Lage, in die sie durch ihren Hochmut und ihre Ungeschicklichkeit geraten sind, befreien. Wenigstens glauben sie, daß es ihnen durch eine allgemeine Aussperrung gelingen könne. Nun, wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Wenn die Scharfmacher sich einbilden, damit der Arbeiterbewegung Einhalt tun oder sie niederschlagen zu können, dann können wir sie nur bedauern. Es ist in der Tat ein groteskes Schauspiel: dieselben Leute, die schon bei jedem einzelnen Streik über die „Störung des Wirtschaftslebens“ zern, tragen sich mit dem Gedanken einer Aussperrung aller Metallarbeiter, die unausbleiblich alle anderen Gewerbe sehr bedeutend in Mitleidenschaft ziehen und dadurch das ganze Wirtschaftsleben erschüttern würde. Aber wir kennen ja die Absichten dieser Gewaltmänner: sie spekulieren darauf, daß sich bei einem solchen Kampfe „Zwischenfälle“ ereignen, die Gelegenheit geben könnten, die Flinten schießen und den Säbel hauen zu lassen, wovon ja in Breslau bereits eine Probe geliefert wurde. Das Blut, das dort geflossen, ist auch auf das Konto der Scharfmacher zu setzen! Die abgehauene Hand des Arbeiters Biewald möge ihnen im Traume erscheinen und sie an ihre Blutschuld mahnen!

Die Scharfmacher und ihre literarischen Goldsucher wollen die Machtprobe. Deshalb die blindwütige Hege gegen die Arbeiterbewegung und der Terrorismus gegen die Unternehmer, die sich mit ihren Arbeitern verständigen wollen. Der ganze Verlauf der Formerbewegung zeigt, daß die Scharfmacher um jeden Preis eine friedliche Vereinbarung zu verhindern bestrebt sind, und das nur, weil sie ihren Einfluß zu verlieren fürchten. Wenn die Unternehmer sich mit den Arbeitern oder deren Organisationen einigen, sind die Scharfmacher aufs Trockene gesetzt. Wie aber der preussische König Friedrich Wilhelm IV. kein beschriebenes Blatt Papier zwischen sich und „sein Volk“ drängen lassen wollte, so wollen die Scharfmacher es nicht dulden, daß sich zwischen die Unternehmer und die Arbeiter ein abgeschlossener Vertrag über die Lohn- und Arbeitsbedingungen „dränge“.

Aber alle diese Bemühungen werden den gewünschten Erfolg nicht haben, die Scharfmacher können den Lauf der Zeit nicht aufhalten. Man kann es heute schon sagen: Wenn es ihnen gelingt, den Plan der allgemeinen Aussperrung am 2. Mai zum Beschluß zu erheben, so wird das nur eine Steigerung der Arbeiterbewegung im allgemeinen und eine rapidere Mitgliederzunahme und Stärkung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zur Folge haben. Schon die bloße Ankündigung des Projektes dieses ungeheuerlichen Attentats wird die ganze Metallarbeitergesellschaft Deutschlands bis in die entlegensten Winkel in Bewegung bringen. Unsere Mitglieder werden den ausgesprochenen Agitationsstoff nicht entgegen lassen, sondern ihn nutzbringend zu verwerten wissen, sie werden in jeder Hinsicht ihre Schuldigkeit tun und sich durch keine Gewaltmaßregel einschüchtern lassen. Wir sehen den kommenden Dingen mit Ruhe entgegen, weil wir wissen, daß alle Machtproben unserer Feinde schließlich doch nur unserer großen Sache zum besten dienen, daß sie unsere Macht stärken werden, wie das bisher immer der Fall gewesen ist.

### Das Pflichtbewußtsein der Arbeiter und der Unternehmer.

#### I. Der Arbeiter.

= In den Augen unserer Gegner, der besitzenden und herrschenden Klassen und ihrer Handlanger, ist die Arbeiterklasse eine tobe, ungebildete, undisziplinierte und stumpfsinnige Masse ohne menschliches Gefühl und Denken, ohne Ehrgefühl, ohne Pflichtbewußtsein, ohne alle Ideale, ohne alles höhere Streben, eine Summe von niederen Arbeitstieren in menschendünkelnder Gestalt, die nur durch eine eiserne Disziplin und die schneidigste Behandlung im Zaume gehalten und zur Arbeit gezwungen werden können. Diese Betrachtung und Beurteilung der Arbeiter ist eine traditionelle, jahrtausende alte, aus den Zeiten der Sklaverei und der Leibeigenschaft überkommene, die seit 100 Jahren, seit der großen französischen Revolution mit der Proklamierung der Menschenrechte, nur etwas gemildert und modernisiert wurde. Die Verachtung und Geringschätzung der Arbeiter ist geblieben, und der verbrecherischen Leichtfertigkeit, mit der ehemals Sklaven als Gladiatoren zu Tode gehest, Leibeigene zu Tode geurteilt wurden, entspricht die schlechte Behandlung und körperliche



Herr Direktor Majert: In bezug auf das Vorgehen seiner...

Mein Gewährsmann hatte den Eindruck, als ob der Vorsteher...

Die neunstündige Arbeitszeit für die Eisenbahnwerkstätten...

Meine Herren, so ist es in diesem einen Falle gegangen...

Herr Berggrat Förner: Meine Herren, als ich mich zum Worte...

Vielleicht ist es auch zweckmäßig, diese Frage bei den...

Herr Direktor Neusch: Meine Herren, ich schlage vor, dem...

Herr Direktor Maj Schmidt-Girschberg in Schleien: Meine...

Herr Direktor Neusch: Meine Herren, ich schlage vor, dem...

Die Ausführungen des Herrn Berggrat Förner sind nach jeder...

art als Schlagworte gewirkt haben, daß bei der ersten Zusammen-

Herr Baurat Dr. Rieppel: Meine Herren, ich möchte vor-

Herr Kommerzienrat Flohr: Meine Herren, ich bin ganz damit...

Ich habe noch keine Gelegenheit gehabt, hier aus dieser Liste...

Wenn ich über Berlin sprechen darf, so glaube ich, daß wir hier...

Also, meine Herren, Fabriken, die eine solche Konkurrenz aus-

Form man doch noch Veranlassung nehmen sollte, erst Feststellungen...

Herr Baurat Dr. Rieppel: Ich möchte doch empfehlen, nicht...

Herr Baurat Dr. Rieppel: Ich habe es zusammengefaßt bis...

Herr Baurat Dr. Rieppel: Ich würde dann hier zunächst darüber...

Meine Herren, jetzt würde ich die Gegenprobe machen. Ich...

Herr Reichstags- und Landtagsabgeordneter Dr. Weimert...

Herr Dr. Schröder: Dann würde also die geschäftliche...

Herr Direktor Neusch: Es dürfte zweckmäßig sein, auch andere...

Herr Dr. Schröder: Ich glaube, daß die Anregung durchaus...

Herr Direktor Neusch: Meine Herren, würde es sich nicht...

Die Breslauer Polizei-Attache.

Die bereits in voriger Nummer mitgeteilte Aussperrung von...

Die Breslauer Polizei-Attache. Die bereits in voriger Nummer...

### Zur Formerbewegung.

#### Zweiter Bezirk.

Breslau. Die hiesigen Metallindustriellen hatten am 21. April beschlossen, die Ausperrung nur dann aufzuheben, wenn bei der Maschinenbauanstalt und bei Remma die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen. Da nicht gesagt war, in welcher Form die Wiederaufnahme erfolgen sollte, so wurde von den Betriebskommissionen der Arbeiter den Unternehmern vorgeschlagen, von Organisation zu Organisation zu verhandeln, oder unter Ausschaltung der beiden Organisationen eine Kommission aus Gieberei- und Formern und Giebereiarbeitern damit zu beauftragen, allgemein geltende Grundsätze für die Lohn- und Arbeitsbedingungen festzulegen. Die Verhandlung von Organisation zu Organisation wurde von den Unternehmern abgelehnt, der Vorschlag bezüglich der Kommission sympathisch aufgenommen. Aber die Schlichter verhinderten, daß auf diesem Wege eine Verständigung zustande kam. Am 24. April beschloß der Metallindustriellen-Verband, den gemachten Vorschlag abzulehnen und die Aufhebung der Ausperrung von der Wiederaufnahme der Arbeit bei den zwei befreiten Firmen abhängig zu machen. Wie ein Unternehmer sich ungeniert ausdrückte, soll die Wachtprobe fortgesetzt werden, die Arbeiter sollen willenslose Werkzeuge sein.

#### Dritter Bezirk.

Güterwerda. Im Eisenwerk, Genossenschaft mit beschränkter Haftung, wurden den Arbeitern unter 35 Pf. Stundenlohn 2 Pf. Zulage bewilligt. Den Formern wurden bisher 7 1/2 Prozent vom verdienten Lohn in Abzug gebracht, was auch zum größten Teil bewilligt wurde. Fehlguß, an dem den Formern keine Schuld trifft, wird bezahlt. Auch in diesem Betrieb wurde eine schriftliche Vereinbarung getroffen.

#### Vierter Bezirk.

Dresden. In einer Reihe von bürgerlichen Blättern sind Inserate des Metallindustriellen-Verbandes erschienen, betitelt „Weitere Aufklärung“, in denen unter anderem auch folgende Stellen vorkommen: „Borausgeschickt sei, daß jedes Mitglied des Verbandes der Industriellen nach wie vor bereit ist, mit seinen Arbeitern direkt zu verhandeln.“ Weiter haben die Firmen, bei denen ausgesperrt ist, ihre Arbeiter auszufahren lassen, daß sie bereit wären, mit den Formern und Giebereiarbeitern über deren Forderungen zu verhandeln, daß sie aber mit dem Metallarbeiter-Verband auf Grund der Statuten des Metallindustriellen-Verbandes nicht verhandeln könnten.

Darum wurde eine Versammlung einberufen, wo der Bezirksleiter Haack ausführte, daß es ja zu begreifen sei, daß die Industriellen in ihrem letzten Zirkular sagen, sie wären nach wie vor bereit, mit ihren Arbeitern zu verhandeln. Sie seien früher aber nicht dazu bereit gewesen und hätten die in den Betriebsversammlungen gewählten Kommissionen, als diese wegen der Forderungen der Giebereiarbeiter vorzeitig wurden, mit nichtsliegenden Erklärungen abgeseift, ohne daß diese ein Wort sagen konnten. Bei der Firma Kühnricher sei diese Kommission direkt auf die Straße geworfen worden.

Um zu beweisen, daß es den Formern und Giebereiarbeitern tatsächlich nur um die Verbesserung ihrer Lage und nicht auf eine Wachtprobe ankomme, wurde auf Vorschlag der Verbandsleitung eine vierzehngliederige Kommission aus den in Frage kommenden Betrieben gewählt, die mit den Unternehmern verhandeln sollte. Sobald aber eine Vertretung des Metallindustriellen-Verbandes sich da hineinmische, sollte die Kommission auch die Teilnahme der Leitung des Metallarbeiter-Verbandes an den Verhandlungen verlangen.

Die Verhandlungen haben am 26. April begonnen und wurden am 28. April fortgesetzt.

Die erste „Veranlassung“ zur Ausperrung ist beseitigt. Nachdem die Firma Biesolt & Vode sich wiederholt bemüht hat, Arbeitswillige zu erlangen (was am 21. April noch eine Polizeianzeige zur Folge gehabt hat), hat nunmehr die Firma sich bereit erklärt, sämtliche streikende Monteure wieder einzustellen, es ist allerdings hinzugefügt worden, daß die Aufnahme der Arbeit erst dann erfolgen kann, wenn die allgemeine Ausperrung beendet ist.

Reißen. Wegen fortgesetzter Misshandlung von Verbandsmitgliedern haben die Formern und Giebereiarbeiter der Firma Schädler & Grünwald in Weissen die Arbeit niedergelegt. Es war den Genossengeldern zugunsten gegeben, Streikarbeit für das Jubiläum, das keine Arbeiter ausgesperrt hat, anzufertigen.

#### Fünfter Bezirk.

Die es heißt, wollen die Unternehmer an anderen Orten Streikarbeit herstellen lassen. Sie sollen solche nach Magdeburg, Kiel und Gensberg geschickt haben. Auch anderswo macht sich diese Ausperrung schon bemerkbar. In der Fabrikfabrik Glas & Henke in Mühlhausen i. Thür. wurde am Samstag 600 Schloßern geschickt. Die Maßregel ist eine Folge der Braunschweiger Ausperrung. Maßregeln, die von dort geteilt werden sollten, waren ausgeschlossen.

Braunschweig. Die Gesamtzahl der Ausgesperrten beträgt 2311. Darunter befinden sich 391 streikende Formern. Es entfallen auf den Metallarbeiter-Verband 181 Streikende, 1144 Ausgesperrte, auf den Fabrikarbeiter-Verband 20 Streikende, 423 Ausgesperrte, auf den Holzarbeiter-Verband 457, auf den Maler-Verband 71, auf den Schmiede-Verband 144 Ausgesperrte und auf den Hirsch-Dumckerle Genossenschaft 10 Streikende, 69 Ausgesperrte. Der Metallindustriellen-Verband hat den Beschluß ihres Verbandes nicht vollständig ausgeführt. Wenn sie alle ihre Arbeiter ausgesperrt hätten, wären 4045 Personen von der Ausperrung betroffen worden. Über 5000 Ausgesperrte nennt man am 21. April einen Anstieg. Bei der Rückkehr zeigen sie in größter Unzufriedenheit über die Kommissare. Auf dem kleinen Gegendplatz traten ihnen Polizisten entgegen u. s. w. Letzen den Zug an.

Hannover. Die hannoversche Metallarbeiter-Allianzgesellschaft hat den Beschluß gefaßt, ihren Protest auch die Städte des Nordens des Reiches der Metallindustriellen zu tragen hat, scheint großen Wert darauf zu legen, auch bei der jetzigen Ausperrung die Krone der „Arbeiterfreundschaft“ darauf zu setzen. Schon im vorigen Jahre kam es die Firma, daß sie in dieser Beziehung tolerant heißt. Da sich sein früher keine Vorbehalte gefallen lassen wollten, werden alle Arbeiter des Betriebes als „Freier“ gemeldet. Wenn auch durch die Ausperrung sonst nicht erreicht wurde, so doch das eine, daß die Kollegen für sämtlich engagierten, so daß bei der jetzigen Ausperrung nur ganz wenige aus ihnen nicht befreierberechtigt sind. Insbesondere ist jedenfalls die Tatsache, daß in diesem Betrieb, dessen Leiter an der Spitze des Verbandes der Metallindustriellen steht, jetzt die Ausperrung zuletzt erfolgt. Die werden die kleinen Fabriken, die wegen und vor dem Zwange gehend sich an der Ausperrung beteiligten, sich frei, ein solch opportunistisches Verhalten zu betreiben. Welche Freude wird es ihnen bereitet haben, daß sie zum ersten Male früher ihre Tare schloßen konnten wie die hannoversche Metallarbeiter-Allianzgesellschaft. Aber auch Wohlfahtsmaßnahmen heißt dieser Betrieb, nämlich eine Anzahl Arbeiter-Verbandsmitglieder, die in ihrer Schamhaft im Verhältnis die solche Beziehung „Kommunisten“ tragen. Für diese braucht man dort keine Sorge zu tragen, diese sind in der psychologischen Weise vollständig vom Leben abgehoben. Auch wenn jemand die Arbeit aufgeben will, ist er jeder letzten Entscheidung der Wächter unterworfen, er kann sofort die Wohnung räumen. Als Grund dafür, die nicht jedem anderen Grund haben wird werden. Auch unbekannt, was die Arbeiter von einem sind, wenn diese die Reklamen nicht zu schätzen. Nach dem Richter Heller die Kommission der Formern und Giebereiarbeiter, die Auskunft über das Ergebnis der eingereichten Forderungen erhält, empfangen, steht er in der letzten Instanz. Diese werden die Reklamen ein, gleichzeitig besteht die Firma den gesamten Arbeiter des Betriebes und gibt den Reklamen-Instanz bekannt, daß auch die Reklamen gemacht werden müssen. Das war ein großer Erfolg, wenn Reklamen bei den Arbeitern vorhanden, da hier ein Dilemma über die Reklamen vorhanden ist. Das wird jedoch die Reklamen nicht empfangen, sondern nicht an jeder Arbeitsmöglichkeit der Reklamenlage ein. Am 21. und

Blut von der Kopfwunde über die Augen lief, nichts mehr sehen. Ich wurde in ein in der Nähe befindliches Drogengeschäft geschafft, abgemagert und verbunden. Während dies mit mir geschah, hörte ich, daß jemand sagte: „Ach, der kann noch von Glück sagen. Dort drüben liegt einer auf der Straße, dessen Hand im Haus für liegt.“ Gegen 10 Uhr trat ich meinen Heimweg an, ich mußte aber auch dann noch mehrmals in die Häuser flüchten, da die Schutzmannspatrouillen rüchrichtlos auch auf ganz harmlose Straßenpassanten einhieben und stachen.

Ein Herr H. Vogel berichtet: „Als ich gestern Abend 8 Uhr von der Kleinen Kirchstraße (Dianabad) nach meiner Wohnung gehen wollte und dazu den Weg durch die Kurze Gasse nahm, kamen aus einem Hause kurz vor der Wiesenstraße zwei Schutzleute mit gezogenem Säbel. Ich stuzte einen Augenblick. In diesem Moment kam ein Dritter auf mich zugeprungen, brüllte mich an, frieß mich und holte zum Schlagen mit dem Säbel aus. Alles dies war das Werk eines Augenblicks. Ich wußte aber nicht, was los war und um was es sich handelte. Ich sah nur noch, daß verschiedene andere Passanten, welche wie ich ruhig nach ihrer Wohnung gingen, behelligt und geschlagen wurden. Die Tochter meines Nachbarn, eine Buchhalterin, erhielt einen Säbelhieb über die rechte Schulter, diese kam aus dem Geschäft und hatte denselben Weg wie ich. Meine Tochter, welche um diese Zeit ebenfalls aus dem Geschäft kommt, sagte mir, daß sie aus Angst vor den Schutzleuten aus einer Straße in die andere gerannt sei, so daß sie erst um 1/10 Uhr auf ihrem Wege nach Hause kommen konnte. — Ich verurteile jede Zusammenrottung in solchen Fällen und unterstütze die Polizei, aber was ich gestern gesehen habe, war zu stark und ich behaupte, daß hier die Polizei Übergriffe gemacht hat.“

Wie vielen mag es so oder ähnlich ergangen sein! Infolgedessen ist auch die Entrüstung über das ebenso sinnlose wie brutale Vorgehen der Polizei auch unter den anständigen bürgerlichen Kreisen Breslaus eine ganz gewaltige. Die schlimmste Grenzfälle ist aber die folgende: Der Bierkeller Siemald, der mit der ganzen Sache nicht das allermindeste zu tun hatte, stand vor der Tür des Hauses Hildebrandstraße 26, wo er wohnte. Als die Polizei in ihrem wahnwichtigen Toben auch in dieses Haus einbrach, eilte Siemald die Treppe hinauf, um in sein Logis zu gelangen. Etwas auf der Hälfte der bis zum ersten Stock führenden Treppe erreichte ihn ein nachrückender „Schutzmann“ und schlug ihm mit einem gewaltigen Säbelhieb die linke, das Treppengeländer umfassende Hand glatt ab. Die abgehauene Hand wurde von anderen Flüchtenden aufgehoben. Der auf diese schändliche Weise zum Krüppel gewordene Arbeiter ist Mitglied des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Seine Organisation hat sich schon mit dem Falle beschäftigt und am 23. April folgende Resolution angenommen: „Die öffentliche Versammlung der Handelskammer drückt ihren Schrecken und ihre tiefste Entrüstung gegenüber der ruchlosen Handlungsweise jenes Polizisten aus, der am 19. April 1906 dem braven Kollegen Siemald, der an dem Kravall auf dem Striegauer Platz ganz unbeteiligt und wehrlos war, überfallen und ihm, als er im Begriff stand, seine Wohnung aufzusuchen, auf der Treppe mit scharf geschliffenem Säbel die Hand abgeschlagen hat. Die Versammlung ist damit einverstanden, daß der Verband die Rechte des zum Krüppel Geschlagenen wahrnimmt und ihm zu diesem Zwecke einen tüchtigen Rechtsanwalt zur Seite stellt.“

Im Allerheiligenhospital wurden in ganzer 28 Verwundete eingeliefert, von denen 22 als leichter verletzt wieder entlassen werden konnten. Sechs schwer Verwundete wurden in Hospitalküche genommen. Selbstverständlich ist die Zahl der Verletzten damit noch keineswegs erschöpft. Die allermeisten sind auf dem Rücken verwundet, ein Zeichen, daß sie sich auf der Flucht befanden und nicht im geringsten an Gegenwehr oder gar an Angriff gedacht haben.

In ernsthaften Betrachtungen gibt aber das Verhalten der Schutzleute Veranlassung. Wie diese Leute, denen die Bezahlung doch nur eine proletarische Erziehung ermöglicht, die doch von ihren Vorgesetzten oft genug eine Behandlung erfahren, die es ihnen deutlich genug zeigt, daß man sie auch nur als Proletariat betrachtet, sich bei dieser Gelegenheit geberdet haben, zeigt folgender Brief, den ein höherer Beamter, der Junge des Wirtshaus war, an die Breslauer Volkswacht gerichtet hat: „... Man konnte bisher annehmen, die untergeordneten Schutzleute seien lediglich Untergebene ihrer Vorgesetzten. Das ist nicht wahr! Ich habe von meiner Wohnung aus wiederholt deutlich beobachtet, wie die Polizisten geradezu mit einem freudigen Eifer auf die wehrlose Menge, auf Frauen und junge und alte Leute einhieben! Ich habe nicht genau gehört, was der jugendliche Beamte kommandiert hat. Aber immer, daß er den Befehl herabgeschrien, hinter die Polizisten sich auf die Menge, als gelte es, bewachte Mäuler und Säbel zu hängen! Ja, ich kann auf Grund meiner Beobachtungen sagen: Die mit der elektrischen Lichtmaschine zu tun haben, die die Menge in der Hand führten, wußten überhanpt noch nicht, um was es sich handelte! Kann aber haben sie die durch die Polizisten bereits aus anderer erregte Menge, da wurden sie wie elektrisch, wie unartig und wild. Jeder einzelne! Keiner zeigte menschliche Reue oder Verständnis! Alle, alle zeigten sich als gewaltige Feinde des Volkes. Des Volkes, dessen Stimme sie sind, des Volkes, das sie bezahmt!“

Der Briefschreiber hätte noch hinzusetzen können: „... Obwohl diese Proletariat im Schutzmannsrock es sehr gerne sehen, daß die Vertreter des Volkes in den Stadtparaden für ihre Befreiung eintreten.“ Man wird sich solche Beispiele merken müssen.

Wahrlich, die Schlichter können stolz sein auf solche Vertreter ihrer Interessen! Und warum das alles? In allen Giebereien Breslaus war eine Einigung zwischen den Formern und den Unternehmern erzielt worden. Einzig und allein in der Maschinenbau-Anstalt war dies nicht möglich und die Formern haben sich gewonnen, wegen ihrer beständigen Forderungen in den Streik zu treten. Dies erregte die Wut der Schlichter und deren Zweck war es, zu verhindern, daß die Unternehmern irgendwelche Schritte, um die Formern und dann die streikenden ausgesperrten Metallarbeiter auszusperren. Brand warf man nun solcher Kleinigkeit wille 500 Arbeiter auf die Straße.

Es ist selbstverständlich, daß dieses leidenschaftliche Vorgehen im Verein mit jenen entsetzlichen Folgen unter der Generalausrüstung von Breslau — sowohl für nicht als Schutzmannen und Schutzmannschaften besteht — eine ungeheure Entrüstung hervorgerufen hat. Es war — schon aus dem Grunde, weil die Generalausrüstung zu verhindern — notwendig, eine öffentliche Ansprache über die Sachverhalte zu veranstalten. Das sollte in jeder Hinsicht, für den 22. April geplanten Versammlungen geschehen. Der Breslauer Polizeikommandant — Siemald heißt der Herr — verbot aber einfach diese Versammlungen. Er hatte auch Grund dazu, der Herr. Es hätte in den Versammlungen die Dämon der Wächter empfinden und den Anwesenden ihre geschloßenen Hände zeigen können; es hätte auch die — sagen wir — unzulässige Ansprache der Polizeibehörde hindert werden können, wenn die entsprechenden Schritte die Hand abgehauen sein soll, als er das Pferd eines Schutzmanns (von Zuppelhaus seiner Wohnung?) gepackt hätte!

Da jedoch man von Seiten und Anführern. Der auch nur ein wenig in die Arbeiterbewegung hineingekommen hat, weiß diese Folge zu würdigen. Hier geht aber über, daß es immer beständiger die Formern und Arbeiter kommen. Die „Führer der Ordnung“ befehlen den Herr Formern und Anführern „geschloßen“, „geschloßen“ und „geschloßen“. Die Formern und Anführern haben etwas anderes zu tun. Sie organisieren eine aus ausgesperrten Arbeitern zusammengesetzte Debatte, die — an einem anderen Ort — haben — haben zu zeigen hat, daß solche Schritte sich nicht wiederholen. Die Schutzleute — in die wohl notwendig ein kleiner Erfolg über das General erregt ist — verweigern diese Arbeit, die in der letzten Zeit ihren oft geschloßen gepackt hat, zu zeigen, was möglich ist. Warum war die Scheibe nicht früher zu empfangen? Man wird der Menge 19. April in der Geschichte nicht nur der Schutzleute, sondern der gesamten deutschen Arbeiterbewegung als Genossenschaftler jenseits — allerdings nicht als Vertreter der Breslauer Polizei.

Diese Polizeibehörde wird auch ein Beispiel im Hinblick haben. Die sozialdemokratische Front hat beschlossen, bei geeigneter Gelegenheit die Sache laut zur Sprache zu bringen.

27. April fanden deswegen Termine statt. Auch daraus ergibt sich wieder, daß die gesamten Wohlfahrts-Einrichtungen nur purer Schwindel sind. — Im allgemeinen ist die Lage unverändert. Die Gegner stehen sich, Bewehr bei Fuß gegenüber. Von einzelnen Unternehmern wird versucht, durch schriftliche Einladungen einen Teil der Ausgesperrten zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, was ein vergebliches Bemühen ist.

#### Siebenter Bezirk.

Bielefeld. In der Ravensberger Eisenhütte Reinshagen & Bogt sind die Formern und Gieber in den Zustand getreten.

#### Achter Bezirk.

Frankfurt a. M. Hier und in den umliegenden Ortschaften hatte es erst den Anschein, als ob die ganze Bewegung friedlich verlaufen würde. Aber auch hier hat der Verband der Metallindustriellen das ehrenvolle Amt eines Friedensförderers übernommen. Weil in Offenbach die Forderungen nicht bewilligt worden waren, traten dort am 21. April 250 Formern und Hilfsarbeiter in den Streik. Aus diesem wichtigen Grunde soll es nach den Willen einiger Schlichter zu einer allgemeinen Ausperrung der Metallarbeiter von Frankfurt und Umgebung kommen. Es sind aber Verhandlungen im Gange und bleibt deren Erfolg abzuwarten.

#### Neunter Bezirk.

Der Bezirksleiter, Kollege Vorhölzer, verhandelte über die eingereichten Forderungen der Formern und Giebereiarbeiter mit dem hiesigen Metallindustriellen-Verband in einer von diesem einberufenen Sitzung. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, wird voraussichtlich am Donnerstag den 3. Mai eine weitere Sitzung stattfinden, an der Vorhölzer wieder teilnehmen soll.

Der württembergische Metallindustriellen-Verband hat dem Kollegen Vorhölzer mitgeteilt, daß die Giebereikommission dieses Verbandes über die eingereichten Forderungen beraten habe. Beschlossen ist die Arbeitszeit von 10 Stunden, doch soll den einzelnen Giebereien nahegelegt werden, die effektive Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden festzusetzen. Überstunden sollen möglichst vermieden werden, müssen solche in dringenden Fällen geleistet werden, so wird den Tagelohnarbeitern (ausgenommen bei Betriebsunfällen) ein Lohnzuschlag von 25 Prozent, für Nacht- oder Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen von 50 Prozent gewährt. Der Anfangslohn beträgt bei entsprechenden Leistungen: für Handformer mit mittlerer Leistung 35 Pf., bei guter Leistung 42 Pf., bei besonders guter Leistung 50 Pf., für Maschinenformer 35 Pf., für geübte Kernmacher, Gusspoker und Schmürzler, Kupolofenarbeiter und Führer von elektrischen Kranen 35 Pf., für sonstige Giebereiarbeiter 30 Pf. die Stunde. Die Abfordere werden vor Übernahme der Arbeit festgesetzt und bei ordnungsgemäßer Ausführung voll auszubezahlt. Eine Revision der Abfordere unterliegt der gegenseitigen Vereinbarung. Die Abforderepreise werden in das Lohnbuch eingetragen, in das die betreffenden Arbeiter auf Wunsch Einsicht nehmen können. Bei Fehlguß ohne Verschulden des Arbeiters wird der volle vereinbarte Abforderebetrag auszubezahlt. Bei Streitigkeiten, ob der Fehlguß verschuldet ist oder nicht, wird ein Mitglied des Arbeiterausschusses des betreffenden Berufs hinzugezogen. Der betreffende Formern hat das Recht, sich durch Augenschein an dem Fehlguß von seinem eventuellen Verschulden zu überzeugen. Die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen sind von beiden Seiten einzuhalten.

Eine Sitzung von Vertrauensleuten der Formern und Giebereiarbeiter beschäftigte sich bereits mit diesen Beschlüssen. Es werden dem Unternehmer-Verband noch Wünsche, namentlich bezüglich der Durchführung verschiedener Punkte, unterbreitet.

#### Zehnter Bezirk.

Augsburg. Es ist unsern Kollegen bekannt, daß die „christliche“ und die Hirsch-Dumckerle Presse sich das kindische Vergnügen leisten, die Formerbewegung als „verfälscht“, „sinnlos“, „vom Nachteil der sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes inszeniert“, „im Sande verlaufend“ und wer weiß, was sonst noch alles zu bezeichnen. Das verändere die Herren aber keineswegs, sich mit den Forderungen des verfallenen „sozialdemokratischen“ Metallarbeiter-Verbandes zu schmücken. Von unserer Verband waren die Forderungen der Formern und Giebereiarbeiter eingereicht worden. Da eine Bewilligung nicht erfolgte, stellten am 20. April die Kollegen in den Giebereien bei Fischer, Dembarter und Kleindienst & Co. vollständig, bei Rent mit Ausnahme der Hirsch die Arbeit ein. Die Hirsch unter Führung eines gewissen Nieger verübten nun einen echten Hirschstreik. Als von unserer Kommission die Forderungen eingereicht waren, suchten sie über die Köpfe der Streikenden hinweg mit der Direktion bei Rent Verhandlungen anzuknüpfen. Sie ließen durch einen Formern bei ihr anfragen, was denn der Deutsche Metallarbeiter-Verband eigentlich wolle. Die Direktion teilte den Fragestellern mit, was sie unserer Kommission bereits zugesagt hatte. Daraufhin beschloßen die Gewerksvereiner am 21. April offiziell den Streikbruch, und nachdem sie dies Werk vollbracht, erklärte ihr genialer Führer: „So, jetzt hat sich's gezeigt, daß wir Ehrenmänner sind.“ Die Zusagen, die die Direktion von Rent unserer Kommission gegeben, pohtanten darauf die Hirsch sofort in alle Welt als Erfolg ihrer Organisation aus, obwohl alles von uns erzwungen wurde, wie der Abschluß, der nur mit unserer Kommission bestätigt wurde, zeigt. Bei Rent wurde nach dreitägiger Streik die Arbeit wieder aufgenommen, bei den anderen drei Firmen wird noch gestreift.

### Das Genossenschaftswesen.

[?] In der Nr. 8 der Metallarbeiter-Zeitung ist in der Rundschau ein zwar kleines, aber doch ganz interessantes Kapitelchen über die „Genossenschaften als Steuerzahler“ enthalten. Das Fragezeichen, mit dem die vielversprechende Rubrik versehen ist, zeigt an, daß man es zunächst mit keinem Faktum, sondern vorläufig noch mit einem laienhaften Versuch zu tun hat, der, wie aus dem Inhalt der Notiz zu schließen, darauf hinausläuft, nach der von den sächsischen Steuerbehörden eingeforderten Deklaration das bei den gewerkschaftlichen Ortsvereinigungen vorhandene „Vermögen“ mit einer sogenannten Vermögenssteuer zu belasten. Das diese liebenswürdige Absicht des sächsischen Steuerfiskus als „ein Versuch mit untauglichen Mitteln an untauglichen Objekten“ bezeichnet wird, ist in voller Richtigkeit, denn die auf läugnen Kontorrent stehenden, das heißt in jedem Augenblick zur Abhebung paraten Mittel wird nicht einmal ein königlich sächsischer Staatskassenbote als „Vermögen“ deklarieren.

Anderes steht die Sache bei den Konsumvereinen. Da hat Gewalter Einat schon längst alle verfügbaren Hände nicht nur auf das „Vermögen“, sondern auch auf die Ausübung des „Gewerbes“ und im schmalen Maße auf das „Einkommen“ der Mitglieder gelegt. Und zwar wider alle begriffliche Logik des Genossenschaftsgesetzes, dessen Sinn dahin geht, daß Vereine, die nur den Waren- und Verkauf an ihre Mitglieder vermitteln und nach dem Gesetz ausdrücklich vom Verkauf an Nichtmitglieder ausgeschlossen sind, steuerfrei bleiben sollen.

Dieser Grundsat wurde bei der ersten Entwicklungsperiode der Konsumvereine auch mehr oder weniger respektiert. Nachdem aber der befruchtende Milliardenregen der blutigen nationalen Einigungszeit fast ihren darauffolgenden Gründerperioden — den sieben letzten Jahren des Deutschen Reiches — vorüber ist, suchen die deutschen Bundesstaaten nach Möglichkeit tangliche Steuerobjekte mit tanglichen und untauglichen Mitteln zu gewinnen. Und in diesem Betrach haben sie zweifellos mehr Glück gehabt, als sie mit einer etwaigen Besteuerung der gewerkschaftlichen Kontorrentenfonds haben dürften.

Mit der Gewerbesteuer für Konsumvereine als erst- und nachrangigem Steuerobjekt wurde der Anfang gemacht. Dies war begrifflich unter dem Gesichtspunkt, daß den Vereinen die Ausübung der Gewerbetreiberei ebenso zustand wie jedem z-befähigten anderen, das heißt, daß sie an jedermann verkaufen durften. Aber

Im Jahre 1896 wurde die Gewerbefreiheit der Konsumvereine de facto aufgehoben und dem Drängen der Konsumvereinsgegner entsprechend der Verkauf an Nichtmitglieder verboten und unter Strafe gestellt.

Die wirtschaftspolitische Reaktion des gewerbe- und handels-treibenden sogenannten Mittelstandes verband sich mit dem finanziellen Bedürfnis des Staates und der Gemeinde zur Ausnahme-besteuerung der Konsumvereine, nachdem man ihnen gegenüber schon das Recht der Gewerbefreiheit gebrochen hatte.

Während man in norddeutschen Bundesstaaten neben der Einkommenbesteuerung der Konsumvereine ihnen auch noch mit der Umsatzbesteuerung das Leben sauer macht, bleibt man in Süddeutschland „korrekt“ bei der Gewerbe- und Einkommenbesteuerung, um doch mit einem Zuge das gleiche Resultat, oder noch ein besseres zu erzielen als da, wo man neben der gewerbe-rechts-widrigen Gewerbesteuer auch noch mit der Einkommen- und Umsatzsteuer die Realität des staatlichen oder Gemeindefiskus dokumentiert.

Es ist nun außerordentlich bezeichnend für die Situation auf diesem Gebiet, daß selbst so politisch-moralisch verschrieene Staaten wie der sächsische sich gegen die obligatorische staatliche Umsatzbesteuerung wehren. Sie ist in Sachsen den Gemeinden aufgehängt, wo man ihre Schattenseiten so bald erkannte, daß man da und dort wieder an die Aufhebung der Steuer ging.

Wer über den Charakter der Umsatzsteuer sich noch nicht klar genug ist, braucht nur die von der sächsischen Regierung an den Dresdener Stadtmagistrat gegebene neueste Erklärung auf dessen beschlossene Umsatzbesteuerung der dortigen Konsumvereine zur Kenntnis zu nehmen, worin es unter anderem heißt, daß bei der Umsatzsteuer von einer „der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechenden Heranziehung nicht die Rede sein könne“, und ferner, daß „das königliche Ministerium des Innern, welches von der Angelegenheit Kenntnis genommen hat“, der Meinung ist, daß „soweit die Umsatzsteuer die Konsumvereine trifft, die überwiegend aus Arbeitern und Mindeerbemittelten bestehen, sie das Gefühl sozialer Ungerechtigkeit und tiefe Erbitterung erzeugen muß.“

Bei den politischen Zuständen des sogenannten roten Königreichs werden solche Auffassungen als aus des Lebens Not geboren recht begrifflich. Die Gründe der Staatsräson sind eben doch durchschlagender als die der blindwütigen Mittelstandsketzerei; womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß die sächsischen Vereine, die wie die Dresdener, Leipziger u. s. w. bis zu 120000 Mk. jährliche Steuer sowieso schon bezahlen, auf Kosten gebettet sind.

Bezeichnender im nachteiligen Sinne liegen die Dinge in dem politisch immerhin als liberal geltenden Württemberg, wo die Regierung in steuerlicher Harmlosigkeit den Konsumvereinen die Zett-angen von der Suppe schöpft. Gewerbesteuer: na ja, wenn schon, denn schon; Umsatzsteuer: Gott bewahre, das sollen — wie in Sachsen — die Gemeinden ausmachen und die haben in Württemberg bis jetzt ein solches Haar in der Suppe gefunden, daß man selbst in Stuttgart bei einem Konsumverein mit 24000 Mitgliedern darauf verzichtet hat. Umsatzsteuer gibt es nicht, dagegen neuerdings Einkommensteuer aus dem Reinertragnis. Und was für eine. Mit bauern-schwäbischer Prüffigkeit erklärt man die Dividende als „Einkommen“ des einzelnen Mitglieds — steuerfrei, dagegen in ihrer Gesamtheit als steuerbares Objekt. Da nun die württembergische Einkommensteuer eine Progression bis zu 5 Prozent hat, so kommt es leicht dazu, daß das Reinertragnis der Konsumvereine mit der höchsten Steuerprogression erfaßt wird. Die Wirkung ist die, daß die württembergischen Konsumvereine unter Zugrundelegung der übrigen Steuern und Abgaben (Gewerbesteuer, Weinungeld etc.) mit der Einkommensteuer auf 100 Mk. Dividende 20 bis 25 Mk. Steuern bezahlen. Nicht nur die Sachsen sein helle!

In einem Einzelbeispiel illustriert nimmt sich die Sache so aus, daß die 24000 Arbeiter, Beamten, Handwerker, Lehrer u. s. w. des Spar- und Konsumvereins Stuttgart bei einem jährlichen Umsatz von circa 7 Millionen und einem Reinertragnis von circa 660000 Mk. nicht weniger als 132000 Mk. Steuern und Abgaben bezahlen müssen. Im gleichen Verhältnis dürfte kaum eine Aktiengesellschaft des Reiches besteuert sein.

Wie man sieht, wird der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Konsumvereine, wie sie in den vorgängigen Artikeln zu zeichnen versucht wurde, eine finanzielle für den staatlichen und Gemeindefiskus abgemonnen, die neben ihrer unangenehmen Seite doch auch dazu geeignet ist, den Beweis zu liefern, daß das Konsumvereinswesen die Stelle eines wirtschaftlichen Strukturfaktors ersten Ranges so für die Familie wie für das Volk und den Staat heute bereits einnimmt.

Da aber die Leistungsfähigkeit der Konsumvereine durch solche rechtlich mißbräuchlichen Steuerakte in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung ziemlich beeinträchtigt und auch die rechtswidrigen Grund-lagen in offenkundiger Weise verlegt werden, so gilt für die Konsumvereinsmitglieder im allgemeinen nicht minder, als was Legien in seinem Geschäftsbericht der Gewerkschaftskommission pro 1904 den Arbeitern im besonderen sagte, nämlich, daß sie aus solchen Ergebnissen „die Lehre ziehen müssen, daß sie sich auch um die politischen Vorgänge zu kümmern und dafür zu sorgen haben, daß die Gesetzgebung nicht zu ihrem Schanden arbeite“, denn: Politik ist Wirtschaft.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

**Bekanntmachung.**  
Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt daß mit Sonntag dem 6. Mai der 19. Wochenbeitrag für die Zeit vom 6. Mai bis 12. Mai 1906 fällig ist.

Durch die erfreuliche rasche Steigerung der Mitgliederzahl des Verbandes und der dadurch bedingten Vermehrung der Arbeit im Verbandsbureau sowie zur Wiederbesetzung der durch den Tod des Kollegen Bremer frei gewordenen Stelle in unserem Bureau ist die Anstellung von weiteren Beamten erforderlich und bringen wir diese Stellen hiermit zur Ausschreibung. Gesucht werden zum möglichst baldigen Eintritt

**drei Beamte.**  
Die Anstellung erfolgt zunächst auf ein Jahr zur Probe zu dem im Verband geltenden Gehaltsfögen, mit einem Anfangsgehalt von 160 Mk. pro Monat.

Als Bewerber sind nur Verbandsamtmitglieder zugelassen, die dem Verband mindestens fünf Jahre lang ununterbrochen angehört, mit der Arbeiterbewegung vertraut, in schriftlichen Arbeiten durchaus bewandert sind und ihre aktive Militärdienstzeit abgeleistet haben oder militärfrei sind. Die von ihnen selbst geschriebenen Bewerbungen müssen Angaben enthalten über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, über das Alter, den Gesundheitszustand sowie darüber, ob der Bewerber mit dem Kassenwesen in unserer Organisation durchaus vertraut ist und flott rechnen kann. Außerdem ist den Bewerbungen ein Ausweis über die Dauer der Mitgliedschaft (Mitgliedsbuch oder Bescheinigung der Ortsverwaltung) beizufügen. Die Bewerbungen sind mit der Bezeichnung „Bewerbung“ bis zum 14. Mai 1906 nach hier einzureichen.

**Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet:**  
Den Verwaltungsstellen in Differdingen, Eich a. d. A. und Luxemburg je 5 Pf. pro Mitglied und Woche ab 1. Mai.  
Der Verwaltungsstelle in Göttingen 5 Pf. pro Woche ab 1. April.  
Der Verwaltungsstelle in Kestrichbach 10 Pf. pro Monat ab 1. Mai.  
Der Verwaltungsstelle in Meuselwitz 5 Pf. pro Woche ab 1. Mai.  
Der Verwaltungsstelle in Wehlar 5 Pf. pro Woche.  
Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

**Ausgeschloffen werden nach § 3 Abs. 2a des Statuts:**  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:  
Der Former Karl Kunze, geb. am 21. September 1869 zu Berlin, Buch-Nr. 567753, wegen Betrug;  
Der Klempner Wilh. Kende, geb. am 27. November 1881 zu Breslau, Buch-Nr. 857341;  
Der Klempner Adolf Maas, geb. am 5. Dezember 1884 zu Wostuhl, Buch-Nr. 850558;  
Der Klempner Ernst Schnee, geb. am 6. September ? zu Schwerin, Buch-Nr. 851646, sämtliche wegen Sperrebruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bielefeld:  
Der Bohrer August Finkeldei, geb. am 12. Juni 1878 zu Fingdorf, Buch-Nr. 941250;  
Der Bohrer Friedrich Gaus, geb. am 23. Juli 1861 zu Aemissen, Buch-Nr. 941602;  
Der Bohrer Philipp Schröder, geb. am 11. Dezember 1877 zu Brünninghausen, Buch-Nr. 941730;  
Der Bohrer Wilh. Walkenhorst, geb. am 15. März 1885 zu Werther, Buch-Nr. 810168;  
Der Lackierer Gustav Heidemann, geb. am 11. Dezember 1860 zu Schilbesche, Buch-Nr. 920717;  
Der Lackierer Herm. Walkenhorst, geb. am 5. Juni 1876 zu Jöllenbeck, Buch-Nr. 883988;  
Der Metallarbeiter Wilh. Weier, geb. am 26. April 1877 zu Bielefeld, Buch-Nr. 941618;  
Der Metallarbeiter Heinz Bitter, geb. am 3. Februar 1869 zu Saar, Buch-Nr. 920734;  
Der Metallarbeiter Wilh. Brinkmann, geb. am 26. Mai 1881 zu Jöllenbeck, Buch-Nr. 910067;  
Der Metallarbeiter Fritz Brune, geb. am 21. Februar 1883 zu Schilbesche, Buch-Nr. 909561;  
Der Metallarbeiter Fritz Heibrod, geb. am 15. April 1873 zu Schilbesche, Buch-Nr. 920733;  
Der Metallarbeiter Karl Kampmann, geb. am 15. Juni 1872 zu Elberfeld, Buch-Nr. 941507;  
Der Metallarbeiter Gust. Kuhlmann, geb. am 13. September ? zu Jöllenbeck, Buch-Nr. 920731;  
Der Metallarbeiter Aug. Meier, geb. am 18. Juli 1886 zu Jöllenbeck, Buch-Nr. 784244;  
Der Metallarbeiter Heinr. Meyer, geb. am 14. Januar 1889 zu Schilbesche, Buch-Nr. 920735;  
Der Metallarbeiter Heinr. Niebaum, geb. am 21. Februar 1887 zu Bilsendorf, Buch-Nr. 721090;  
Der Metallarbeiter Aug. Piefkider, geb. am 25. August 1878 zu Jöllenbeck, Buch-Nr. 941616;  
Der Metallarbeiter Wilh. Pott, geb. am 22. März 1871 zu Jöllenbeck, Buch-Nr. 941610;  
Der Metallarbeiter Heinr. Walkenhorst, geb. am 5. September 1886 zu Werther, Buch-Nr. 941257;  
Der Schlosser Heinr. Lette, geb. am 15. März 1881 zu Bielefeld, Buch-Nr. 727036, sämtliche wegen Streikbruch;  
Der Former Heinrich Huppert, geb. am 12. März 1872 zu Kai rslautern, Buch-Nr. 461747 wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Düsseldorf:  
Der Remmacher Heinrich Koch, geb. am ? zu ?, Buch-Nr. 925043, wegen Streikbruch;  
Der Former Karl Lorbeer, geb. am 25. September 1872 zu Guls, Buch-Nr. 795973, wegen Denunziation und Veruntreuung von Beitragsmarken.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Offen:  
Der Former Theodor Bontjeppen, geb. am 17. Juni 1880 zu Freisenbruch, Buch-Nr. 705276;  
Der Former Wilhelm Buntzchen, geb. am 3. Juni 1857 zu Kellinghausen, Buch-Nr. 705274;  
Der Dreher Karl Beng, geb. am 20. März 1869 zu Bielefeld, Buch-Nr. 889215, sämtliche wegen Streikbruch;  
Der Fräser Emil Hoffmann, geb. am 27. September 1882 zu Offen, Buch-Nr. 943265;  
Der Modellzeichner Heinr. Husmeier, geb. am 26. März 1884 zu Osna-brück, Buch-Nr. 889519; beide wegen Sperrebruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Guben:  
Der Former Hermann Schulz, geb. am 31. August 1880 zu Vertenwerder, Buch-Nr. 716127, wegen Logischwindel.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Köln a. Rh.:  
Der Former Peter Josef Dervenisch, geb. am 28. Mai 1846 zu Arfeld, Buch-Nr. 719261;  
Der Former Chr. Esser, geb. am 17. Dezember 1879 zu Jühlingen, Buch-Nr. 901034;  
Der Former Heinrich Muth, geb. am 11. Februar 1866 zu Arheim, Buch-Nr. 702209, sämtlich wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Magdeburg:  
Der Schlosser Wenzel Fichtner, geb. am 8. Dezember 1883 Wies i. Böh., Buch-Nr. 576261;  
Der Schlosser Karl Kupfer, geb. am 20. Januar 1874 zu Kroppenebdt, Buch-Nr. 904058;  
Der Schlosser Karl Lenz, geb. am 25. April 1875 zu Langerwände, Buch-Nr. 718436;  
Der Schlosser Albert Peine, geb. am 21. Februar 1883 zu Magdeburg, Buch-Nr. 718274;  
Der Schlosser Herm. Sagert, geb. am 12. September 1864 zu Neuzuppin, Buch-Nr. 576331, sämtliche wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Rosenheim:  
Der Schlosser Johann Hüllmeier, geb. am 27. Juli 1877 zu München, Buch-Nr. 947038;  
Der Schlosser Josef Karl, geb. am 8. März 1870 zu Benedikt-beuron, Buch-Nr. 947089;  
Der Schlosser Josef Ziegler, geb. am 27. Mai 1887 zu Wagen, Buch-Nr. 947036, sämtliche wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Bezirksleitung im 5. Bezirk:  
Der Buchstabenmacher Wilh. Kummer, geb. am 23. Februar 1864 zu Heinrichs, Buch-Nr. 116822, wegen Markenschnitzung.

**Nicht wieder aufnahmefähig sind:**  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:  
Der Dreher Paul Krüger, geb. am 11. Februar 1869 zu Berlin, Buch-Nr. 565364, wegen unkollegialem Verhalten.

der Stöcker Paul Gollata, geb. am 31. Januar 1879 zu Oranienburg, Buch-Nr. 574166, wegen unkollegialem Verhalten.  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bochum:  
Der Former Rudolf Pawliha, geb. am 13. April 1883 zu Bismarckshütte, Buch-Nr. 805497, wegen Betrug.  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Karlsruhe:  
Der Schlosser Ludwig Seiter, geb. am 29. Oktober 1862 zu Karlsruhe, Buch-Nr. 551049, wegen unkollegialem Verhalten.  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Köln:  
Der Schleifer August Mohren, geb. am 14. Januar 1874 zu Aachen, wegen unkollegialem Verhalten.  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Lüdenscheid:  
Der Klempner Georg Herle, geb. am 3. Juni 1884 zu Amsterdam, Buch-Nr. 882002, wegen Betrug.  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Singen:  
Der Hilfsarbeiter Oskar Mägeli, geb. am 8. November 1878 zu Bühlingen, Buch-Nr. 875137, wegen Schädigung des Verbandes.  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Torgelow:  
Der Maschinenformer Emil Foth, geb. am 8. Juli 1867 zu Luisenhof, Buch-Nr. 516622, nach § 3 Abs. 8b des Statuts.

**Wieder aufgenommen wird:**  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Ulm:  
Der Dreher Ernst Kröner, geb. am 10. Mai 1879 zu Ulm.

**Öffentlich gerügt wird:**  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Selmsfeld:  
Der Dreher Heinrich Verlach, geb. am 9. Juli 1869 zu Büchom, Buch-Nr. 617444, wegen Schädigung des Verbandes.

**Aufforderung zur Rechtfertigung.**  
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen den gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluß aus dem Verband.  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Durlach:  
Der Former Karl Frank, geb. am 1. Januar 1882 zu Mannheim, Buch-Nr. Lit. A 2747, wegen Diebstahl und Logischwindel.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schönebeck:  
Der Former Ernst Kockro, geb. am 11. März 1885 zu Miewis, Buch-Nr. 427768 wegen Mitnahme eines dem Gewerkschafts-kartell gehörenden Buches.  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Ürdingen:  
Der Schmied Nikol. Rechtenwald, geb. am 17. April 1880 zu St. Wendel, Buch-Nr. 531891, wegen Unterschlagung.

Der in Nr. 15 der Metallarbeiter-Zeitung auf Antrag der Verwaltungsstelle Dessau für nicht wieder aufnahmefähig erklärte Schlosser Gustav Willig, geboren zu Striegau, ist nicht identisch mit dem Schlosser Gustav Willig, geboren zu Remel, wohnhaft in Kiel.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.  
Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

### Zur Beachtung! ♦ Zuzug ist fernzubalten:

- von Drahtwebern und Fiehern nach Eidelstedt, Hohl. (Wolf) D.;
- von Drechern, Brückern, Giechern, Gürtlern, Polierern, Monteuren, Schleifern u. Ziseleuren nach Erfurt-Loersgehofen (Töbelmann & Grimm) M.;
- von Enthalienbreuereien und Aufträgern nach Remscheid (Windgassen & Henrichs) M.;
- von Formern, Eisengießereiarbeitern und Keruachern nach Aachen St.; nach Yarmen (Fr. Spieß Söhne) D.; nach Breslau; nach Düsseldorf (Gehr. Juden, G. Geiger, Stahlwerk Krieger) St.; nach Elbing (Firma Kümnick, Maschinenfabrik) L.; nach Hamm (Maschinenfabrik, F. Vanuing A.-G.) D.; nach Köln a. Rh. (Firma Herberich & Co., Sülzer Eisenwerke Fremereg & Stamm in Sülz) D.; nach Neuzuppin (Firma W. Nauke) St.; nach Ronsdorf b. Remscheid (Firma W. Thöning) St.; nach Schmalkalden (Hoh. Adolph, Gießereifabrik und Eisengießerei) St.; nach Solingen; nach Stettin; nach Tangermünde (G. Friede) St.; nach Torgelow D.; nach Wolgast (Eisengießerei Lenz und Nickel) St.;
- von Graveuren nach Stuttgart (Vereinszeichen und Prägestalt Schwerdt, Inhaber W. Wolf) D.;
- von Hütten- und Metallarbeitern nach Kladsno i. Böhmen (Hödehütte) M.; (Prager Eisenindustrie-Gesellschaft) D.;
- von Baukempnern nach Berlin (Firma Pieschmann und Firma Seeger) D.;
- von Klempnern, Blechschmiedearbeitern und Arbeiterinnen nach Breslau (Gasmessfabrik Buntsch) D.; nach Ulm (Neue Industriewerke) M.;
- von Mechanikern und Drechern nach Köln (F. Aldner, elektrische Apparatefabrik);
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Auffig i. Böhmen (Firma Schäfer & Budenberg) D.; nach Bernburg St.; nach Braunschweig M.; nach Breslau M.; nach Dessau (Eisengießerei und Maschinenfabrik von Polyfusus) M.; nach Dresden und Umgebung M.; nach Eberswalde (Radiatorenwerke) St.; nach Gütrow D.; nach Halle a. S. (Waggonfabrik Lindner in Annendorf bei Halle); nach Hannover M.; nach Heilbronn (Fahrzeugfabrik) M.; nach Kassel (Evers & Pistor, chirurg. Instrumentenfabrik) M.; nach Leer und Norden in Ostfriesland. M.; nach Liegnitz in Schlesien St.; nach Magdeburg (Gehr. Gommichow W., August Böhrer & Co.); nach Meissen i. S.; nach Peine (G. Renz Nachf.) St.; nach Pirna a. S. (Gehr. Gebler) M.; nach Prignitz bei Neu-Kruppin (Maschinenfabrik Swald) St.; nach Radeberg i. S. M.; nach Rostock (Reptunwerk) M.; nach Solingen; nach Werdau i. S.; nach Wien-Stablaun (Siemens-Schudertwerke und Elektrizitätsgesellschaft Union); nach Zella-Sr. Blasii (Firma F. Langenhan, Gewehr- und Fahrradfabrik) D.;
- von Schlägereiarbeitern nach Solingen St.;
- von Schlossern und Schmieden nach Breslau (Siegmund) St.; nach Bunzlau (Firma Prädel) St.;
- von Schlossern, Schmieden, Berggoldern und Formern nach Schwedt a. D. (Frey & Beccard) D.;
- von Schlossern, Drechern und Werkzeugmachern nach Schweinfurt M.;
- von Silberarbeitern nach Düsseldorf (Franz Wagner) St.

**Quittung.**  
Als Überschuss der Kranzpenden sind für die Familie Bremer nach eingegangen: vom Bureau der Stuttgarter Ortsverwaltung 17,50 Mk., von den Formern und Berufsgenossen in Bremen durch Beble 78 Mk.  
Emil Pfeiffer.

# Korrespondenzen.

## Feilenhauer.

**Gevelsberg.** Auf dem Arbeitsnachweis in Bielefeld werden stets Feilenhauer für Wilhelm Arndt in Kahlenbeck bei Wilspe (Westfalen) gesucht. Dies ist eine Bruchbude. Auf dem Arbeitsnachweis in Bielefeld wird den Kollegen gesagt, die Reiseflosten würden vergütet. Sie erhalten gegen Zurücklassen der Invalidentkarte auch eine Fahrkarte nach Wilspe. Aber kaum sind die 14 Tage da, dann zieht Herr Arndt auch schon 2,60 M. für Fahrgehalt und 50 Pf. für das Sendenlassen der Invalidentkarte von Bielefeld ab. An Arbeit gibt es fast nur Packfeilen und die muß sich der Feilenhauer erst blank schrumpfen. Das Werkzeug muß sich jeder selbst machen, Petroleum muß sich auch jeder kaufen. Gearbeitet wird von morgens 5 Uhr bis abends 10 Uhr. Die Gesellen wohnen und essen bei Herrn Arndt. Was das Essen betrifft, so sollen sich die Arbeiter nach den gefüllten Fleischtöpfen Agyprians nehmen. Beim Abschied von der herrlichen Bude gibt es gewöhnlich Kadabli. Daß die Kollegen mit Hilfe der Polizei ihre Sachen holen, ist durchaus nichts seltenes. In letzter Zeit sind es organisierte Kollegen gewesen, die hereingesfallen sind, trotzdem immer darauf hingewiesen wird, es sollte sich ein jeder erst bei den örtlichen Verwaltungen erkundigen, ehe er Arbeit annimmt. Wir ersuchen dringend, den Arbeitsnachweis in Bielefeld zu meiden, aber nicht minder die Feilenhauerei des Herrn Arndt.

## Formner.

**Heidenheim a. d. Br.** Wegen verschiedener Mißstände und der Behandlung durch die Meister reichten die Formner der Firma Voith Forderungen ein. Die Firma machte Zugeständnisse. Bei unverschuldetem und bei porösem Fehlguß wird der Tagelohn bezahlt. Bei Meinungsverschiedenheiten darüber entscheidet der Arbeiterausschuß. Dieser entscheidet auch, wenn bei neuen Afforden mit dem Meister keine Einigung zustande kommt. Bei neuen Afforden ist der Tagelohn garantiert. Den Keramachern und Hilfsarbeitern wurden sofort nach Einreichung der Forderungen der Formner die Löhne aufgebessert. Es wurde auch versprochen, für die genügende Zahl von Hilfsarbeitern zu sorgen, sollten die Formner selbst Hilfsarbeit zu verrichten veranlaßt sein, werden sie für die darauf verwendete Zeit mit ihrem Stundenlohn entschädigt. In der großen Sieberei mußte bisher manche Formner täglich fünfmal darauf warten, bis sie den Kran benutzen konnten. In Zukunft wird dieses Warten, wenn es sofort dem Meister gemeldet wird, ebenfalls mit dem Stundenlohn entschädigt. Es wird aber noch ein weiterer Kran angekauft. Die Meister wurden streng angewiesen, die Arbeiter human zu behandeln, die Firma verlangt aber auch entsprechendes Verhalten der Arbeiter gegen die Meister. Ein geregelter Arbeitsschluß wurde ebenfalls erreicht und, was nicht zu unterschätzen ist, die Anerkennung der Organisation. Transportwägen werden genügend beschafft. Die Formner, die mit Pfannen zu gießen haben, werden jetzt vom Meister an den Ofen geschickt. Dadurch wurde einem großen Übel abgeholfen, denn bisher mußten diese Formner oft fünfmal auf den Ofen warten, bis es zu Heißereien kam. Seit 1. Oktober 1906 zahlt die Firma an alle Arbeiter über 25 Jahre eine tägliche Lernzulage von 20 Pf., an die unter 25 Jahren 10 Pf., an die Lehrlinge 5 Pf. Die Keramacher und Hilfsarbeiter erhalten in den Sommermonaten eine Zulage von 2 Pf. die Stunde, so daß ihr Durchschnittslohn 25 bis 30 Pf. beträgt. Die Arbeiter erklärten sich bis auf zwei vorerst mit diesen Zugeständnissen einverstanden. Die zwei konnten sich an beiden ordentlichen Arbeitsschlüssen gemäßen, sondern schünten alle Tage bis abends 8 und 9 Uhr. Es gab das die Gebrüder Robert und Wilhelm Kuchler. Diese beiden erhalten auch die bestbezahlte Arbeit und haben den größten Platz zur Verfügung. Nun, einer davon ist der Schwiegerjohn seines Meisters! Die Firma hat davon keine Schuld, sie ist über solche Dinge nicht unterrichtet, das zeigte sich bei den Verhandlungen. — Wie wir von der Firma erwarteten, daß sie alles Bereinigt hätte, so erwarteten wir von den Formnern und Siebereiarbeitern, daß sie das Erreagene festhalten und auch der Organisation treu bleiben. — Wie steht es aber in der Dreherei und in der Schloßerei? Die meisten der darin tätigen Arbeiter erkennen sich an allerlei Schindeln und halten die Organisation für überflüssig. Es ist Zeit, daß diese zur Einsicht kommen, daß sie sich dem Deutschen Metallarbeiter-Bund anschließen, damit auch für sie endlich eine Besserung erreicht werden kann.

**Sollar.** Zwei Formner, die, wie die Direktion der Fabrikmaschinen-Gesellschaft selbst zugeben mußte, häufig in ihrem Beruf sind, wurden entlassen, weil sie bei den Schindeln nicht zufrieden gewesen wären, und bei der letzten Schindlung hauptsächlich nicht. Das war die Begründung der Kündigung durch Direktor Weber. Die beiden Formner hatten an einigen Tagen ihr Geld nicht richtig erhalten, sie reklamieren und erhielten das fehlende, einmal holte es sogar der Meister. Bei der letzten Schindlung handelte es sich um circa 18 M. Einer der Formner hatte eine Arbeit angefangen, die aber noch nicht fertig geworden war, weil man erst sehen wollte, ob sie nur 120 M. zu machen sei. Bestellt wurde davon vier Stück. Der andere Formner hatte ein Stück fast fertig und den Rest für 200 M. angesetzt, sollte er bei abgeschlossener Arbeit nicht auf seinen Durchschnittslohn kommen, sollte er diesen auf alle Fälle erhalten. Bei der Arbeit für 120 M. das Stück sollte sich heraus, daß der Preis zu niedrig war, der Formner konnte trotz alles Schindens nicht höher als auf 35 Pf. die Stunde kommen. Es kam deshalb zu Differenzen mit dem Meister, über die in einzelnen zu berichten zu weit führen würde. Die Folge war die Kündigung der beiden Formner durch den Meister. Bei der Direktion fanden die Formner kein Recht. Jedemfalls sprachen bei der Entlassung noch ein anderer Punkt mit als die Differenzen bei der Arbeit, darüber hat alle Arbeiter der Maschinenfabrik gesagt. Der eine der beiden Formner steht hier in der Agitation an der Spitze. Ob nun die Firma ihren Zweck mit dieser Maßregel erreicht hat? Die Formner werden die Kündigung ohne die Arbeiter gemacht haben. Der Herr Direktor Weber sagte bei den Unterhandlungen auch: „Wenn er die Schindlungen zurücknehmen, können auch mehr von uns die Arbeiter machen, um aber den Stoff. Und er wolle wohl, daß der Deutsche Metallarbeiter-Bund hier sei, aber das Geschäft läßt sich auch sonst, und so möge es zu einer Annäherung kommen, so die Firma wäre bereit.“ Die Äußerungen des Deutschen Metallarbeiter-Bundes sind aber unzureichend genug, daß sie solchen Forderungen nicht Folge leisten. Jedemfalls aber wird auch die Zeit kommen, wo sich diese Formner doch dazu bewegen müssen, mit dem Deutschen Metallarbeiter-Bund zu unterhandeln.

**Neu-Huppen.** Seit dem 1. März befinden sich die Formner der Firma H. Henke in Streit, die Herr Henke unter nicht eigentlichen Umständen gezwungen dazu gezwungen hat. Er hat wiederholt in diesen Betreff Besprechungen wegen Einigung der Unterhandlung geführt. Immer wieder hatte Herr Henke entgegen zu sagen, daß es ganz unmöglich ist, bei den Einrichtungen in seinem Betrieb in Streit einzutreten zu lassen. Es kam bei der Verhandlung für Formner 25 Pf. die Stunde. Das unter den heutigen Verhältnissen ein Lohn von 25 Pf. für gelehrte Arbeiter auch in Neu-Huppen als zu niedrig bezeichnet werden muß, versteht sich von selbst. Die Formner stellen die folgende Forderung, den Lohn von 25 Pf. auf 35 Pf. zu erhöhen. Nach langen Verhandlungen unterzeichnet Herr H. Henke mit dem Deutschen Metallarbeiter-Bund eine Vereinbarung, wonach der Lohn für Formner 25 Pf. betragen soll. Dieser Vertrag sollte am 15. April in Kraft treten. Schon wenige Tage nach der gelehrten Unterzeichnung hat Herr Henke seine gewöhnliche Unterhandlung mit der Einigung der Unterhandlung beendet. Die von Henke unterzeichnete Vereinbarung sollte auch den Formnern (schon am 1. April bei Henke in Neu-Huppen) unterzeichnet werden. Es ist für die Formner unannehmbar. Nachdem erklärten sich die Formner bereit, den Lohn anzunehmen, wenn die Garantie des anerkannten Lohnes von 25 Pf. die Stunde gegeben wird. Eine solche Garantie wurde mit anderen Kollegen und beteiligten Betriebsmitgliedern vereinbart. Es sollten Unterhandlungen für Henke und für Unterhandlung. Herr Henke sagt nun in allen Verhandlungen

Formner, die nicht im Verband sind, bei „lohnendem Verdienst“. An eine ganze Reihe von Herbergen sind große Plakate geflanzt, in denen tüchtige, fleißige Arbeiter bei „lohnendem Verdienst“ für Hauke gesucht werden. Ein kleines Fetzchen ist beigelegt, in dem den Herbergsweibern für ihre Bemühungen der Dank des Herrn Hauke im voraus abgestattet wird. Herr Hauke scheint noch recht wenig gelernt zu haben, sonst müßte er wissen, daß die Formner auf solche plumpe Art nicht einzufangen sind. Eine ganze Anzahl solcher Plakate haben ihren Zweck vollständig verfehlt, denn anstatt in den Herbergen auszuhängen, befinden sie sich im Bureau der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Bundes und füllen den Papierkorb. Ganz besonders freundlich scheint Herr Hauke den „Christlichen“ gesinnt zu sein. Auf die Annonce der Firma meldete sich ein Formner, der 12 Jahre im katholischen Arbeiterverein Mitglied ist. (So teilte er der Firma wenigstens mit.) „Sie können sofort kommen, noch wird in Stundenlohn gearbeitet, aber binnen kurzem soll Afford eingeführt werden,“ war die Antwort. Aber auch dieser kam nicht, er war mittlerweile Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Bundes geworden. Der Betrieb ist mit Ausnahme des Meisters und eines gewissen Schulze aus Driesen leer. Der Meister Weise kam jetzt ja einmal zeigen, wie er bei seinen Affordpreisen zurechtkommt. Der erste Versuch soll schon recht schlecht ausgefallen sein. Offentlich sieht auch Herr Hauke bald ein, daß es besser ist, auf die praktischen Vorschläge der Formner zu achten, als sich auf die Phrasen anderer Leute zu verlassen. Der Zugang von Formnern ist nach Neu-Huppen streng fernzuhalten.

**Brigitalk.** Der Streit in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik von Gwalb dauert unverändert fort. Trotz der gewaltigen Anforderungen der Herren Gebrüder Gwalb, Streikbrecher zu bekommen, ist bisher der Betrieb vollständig lahm gelegen. Kurz vor Ostern hatten sich einige von den besonders nützlichen Elementen bei Gwalb eingefunden. Doch sollte die Freude der Firma von nicht allzu langer Dauer sein. Obwohl die „Arbeitswilligen“ streng bewacht und behütet wurden und im Keller der Villa Gwalb freies Logis hatten, kamen die „Streikbrecher“ doch mit ihnen in Verbindung. Eine Unterredung genügte, um die Arbeitswilligen zu überzeugen, zu welchem schändlichen Verrat sie sich hergeben hatten. Am Tage nach der Zusammenkunft mit ihnen rüsten sie ab. Die Herren Gwalb werden nicht besonders erfreut gewesen sein über den schändlichen Verrat ihrer Schützlinge. Auch die gemeinschaftlichen Spazierfahrten mit den Arbeitswilligen im Jagdwagen des Herrn Gwalb haben mannehr ihr Ende erreicht. Alle diese Anstrengungen konnte sich die Firma sparen, wenn sie die die gewis berechtigten Forderungen der Arbeiter anerkennen würde. Das Verlangen der Arbeiter, die zehnständige Arbeitszeit bei demselben Lohne wie für elf Stunden einzuführen, ist gewis als recht beschiden zu bezeichnen. Bei elfstündiger täglicher Arbeitszeit erreichen die Kollegen einen Wochenverdienst von 14 bis 18 M. Durch Inflation sucht die Firma, namentlich in Mecklenburg, Arbeitskräfte bei „hohem Lohne“. Wir ersuchen die Kollegen, den Zugang streng fernzuhalten.

**Velbert.** Da man in einzelnen Siebereien nach der vorjährigen Ausperrung einige Affordpreise reduzierte und dazu übergehen wollte, am 1. April 1906 die Formner mit allgemeinen Affordreduzierungen zu befrachten, stellten die Tempergußformner am 1. März an alle Siebereibitzer Forderungen. Diese bezogen sich hauptsächlich auf die Regelung des Verbringens und der Arbeitszeit. Von den Siebereibitzern wurden Unterhandlungen abgelehnt. Jedoch versuchte man weiter der Hand auf die einzelnen Kommissionsmitglieder einzuwirken. Die Formner wählten darauf für die einzelnen Siebereien Bestreuerkommissionen, die mit der Firma direkt zu unterhandeln sollten. Eine Anzahl der Siebereibitzer wollte gern be willigen, aber sie nahmen, wohl aus Furcht vor den Scharfmachern, eine abwartende Stellung ein. Nur eine der bedeutendsten Firmen bewilligte alle Punkte. Trotz der ablehnenden Stellung der anderen Firmen haben wir doch Erfolge zu verzeichnen. Denn mehrere Siebereibitzer sind nun „von selbst“ dazu übergegangen, Verbesserungen einzuführen zu lassen, indem sie hauptsächlich für Abschaffung der Nebenarbeiten Sorge trugen. — Die Lehrlingszählerei ist es, die in den hiesigen Tempergießereien mit besonderer Vorliebe gehegt und gepflegt wird. Man wendet den möglichsten Druck an, die Formner zur Kalierung von Lehrlingen zu zwingen. Die Formner haben aber keine Lust, sich dem absoluten Willen der Unternehmer zu beugen, und so haben sie in einem permanenten Kampfe. Die Formner stehen eben auf dem Standpunkt, daß nicht allzuviel Lehrlinge in einer Sieberei angelehrt werden dürfen. Auch sollen die Lehrlinge nur älteren und tüchtigen Formner unterstellt werden, die befähigt sind, den Lehrlingen etwas tüchtiges beizubringen. Jetzt, wo die Junger wieder aus der Schule entlassen sind, fragt man bei verschiedenen Siebereibitzern das „Bedürfnis“ nach dem jungen Menschenmaterial. Ein gewisser Herr Ohren (in Firma Bergische Eisgießerei und Metallwarenfabrik) sagt unter allen hervor: „Es arbeiten dort neben 27 Formnern 7 Lehrlinge. Die vorletzte Woche trat nun der Herr Ohren an einem 15jährigen Formner heran und eröffnete ihm, daß er einen Lehrling anlernen wolle. Der Formner, der selbst noch etwas tüchtiges lernen möchte, erklärte, es seien ja andere, erfahrenere Leute da, an die man es sich ja wenden könnte. Darauf wurde der Arbeiter sofort entlassen. Das war nun für die übrigen Formner Veranlassung, sich nun erst recht gegen eine solche Lehrlingszahl zu wehren. Ein zweiter Formner erhielt darauf auch die Entlassung. Am anderen Tage erklärte Ohren wiederum auch der Südlöhler. Bei den jüngsten Formnern anfangend, fragte er einen nach dem anderen: „Wollen Sie den Lehrling anlernen?“ Jeder entgegnete: „Nein!“ Antwort: „Dann können Sie heute abend auf.“ Als sich das Schamspiel bei neun Kollegen wiederholt hatte, zog sich Herr Ohren, ohne ein Wort zu sagen, kampflos zurück, nicht einmal auf die Rückfrage einzelner Formner antwortend, die ihn zu fragen: „Weiterfragen, weiterfragen!“ Er hat genug! Der Jahrlöhlervertrieb unterliegt aber ein solches kühnere Treiben. Die wir hören, werden die entlassenen Formner in ihrer anderen Gespieler eingestellt werden. Nun, die so ungerecht fertigt Entlassenen werden auch ohne die Belletter Siebereibitzer nicht untergehen. Das mögen sich die Herren Scharfmacher gefast hat lassen: sie arbeiten durch solche Maßnahmen nur für uns. Bedenkt werden auch denen, die sich bisher wenig um die Organisation gekümmert haben, die Augen geöffnet. — Vor Zugang von Formnern nach Velbert wird gewarnt!

**Bernigerode.** In Ostern wählte hier der Formnermeister Wolf von der Firma Kemmerer in Grotzenbe bei Darsden, aber nicht etwa, um sich in diesem Beruf zu erproben, sondern um Streikbrecher zu machen. In Bernigerode sind nach wie vor von den ehemaligen geübten Formnern, die noch nicht wieder in ihrem Beruf arbeiten, mehrere auf als Landknechten von der Sache informiert. Er hatte nun einige Formner in eine Arbeitsstation bestellt. Es sollten sich zur vereinbarten Zeit alle Formner ein. Man brachte nicht lange zu stehen. Die Begrüßung durch Wolf war „herzlich“. Wolf erklärte, es ginge ganz gut in seiner Sache, es würde fast voll gearbeitet, nur die Handformner fehlten ihm. Er verschönerte aber, daß die Arbeitswilligen alles zurechtbringen würden. Weil alle still zu stehen, glaubte der lange Wolf, er wurde sich nun mehr erlauben, er zog nun langsam über den Deutschen Metallarbeiter-Bund her. Es war gut, daß die Betriebswilligen einmal so eine Hauptprobe machten, denn bekannt wurden die Karten gestreut. Es wurde nun langsam mit dem Handknechten gearbeitet. Da ein Kollege es nicht mehr länger mit ansehen konnte, machte er Wolf auf seine unerschrockenheitige Handlungsweise aufmerksam, er erklärte, daß sie alle ja schon wüßten, die Karten zu streuen, nur würden lieber nur höchstens drei Mark Wochenbeitrag bezahlen, als mehr Kollegen während dem Unterhandeln zu überführen. Als der Kollege erklärte, daß er (der lange Wolf) auf der Formnerzahl wäre, wuschelte er die Karte. Nachdem er sich gemacht, meinte er, er sei ein überzogener Spießbürger, seine Firma dürfte gar nicht wissen, daß er in Bernigerode wäre, er wolle hier seine früheren Kollegen einmal sprechen. Trotzdem legte er hier zwei Tage Dummheit. Wenn er jetzt in Bernigerode zu Besuch war, hat er nie Verlangen nach seinen früheren Kollegen gehabt. Nun, hier ist er gründlich heranzugelassen, denn Kollegen, die 25 Wochen im Streit fanden und noch geneigt sind, zu sein,

was es bedeutet, kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Zu Nothdied erhielt der lange Wolf ein „Viel Glück!“ statt ein „Glück auf!“

## Klempner.

**Bern.** Die hiesigen Spengler stellten am 17. April die Arbeit ein, nachdem die Meister es an genügendem Entgegenkommen fehlend ließen. Die Gesellen forderten neunstündige Arbeitszeit und zehnprozentige Erhöhung des Tagelohnes. Von einer Verkürzung der Arbeitszeit wollten die Meister nichts wissen, nur fünf Prozent Lohnerhöhung genehmigten sie. Von sieben Gesellen ist nur einer festgehalten. Wir ersuchen, Zugang fernzuhalten.

**Dibersach a. d. Rh.** Wir ersuchen die Spengler, hauptsächlich Eisstrahlspengler, wenn sie hier ein Arbeitsverhältnis eingezogen beabsichtigen, sich vorher mit der hiesigen Verwaltungsstelle in Verbindung zu setzen. Es wäre überhaupt gut, wenn alle organisierte Arbeiter vorher Erkundigungen einziehen würden.

**Stettin.** Am 9. April beschästigte sich die Freie Klempnerinnung mit dem von unserer Verbandsleitung eingereichten Parteientwurf. Wie im vorigen Jahre, so ähnllich lautete auch diesmal der Antwort. Die Innung beschloß, sich in keine Verhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Bund einzulassen. Bemerkenswert ist hierbei, daß in Stettin zirka 85 Klempnermeister (laut Abschluß der Erhebungen, das aber nur zirka 25 Meister Gesellen beschästigten. Ein Anzahl dieser Meister helfen sich immer gegenseitig bei der Arbeitsausübung und sie stimmen dann in der Innung gegen jede Lohnerhöhung da sie befürchten, daß das Jahresinkommen der Gesellen das ihrig übersteigen könnte. Leider ist die Konjunktur zurzeit nicht günstig die minimalen Forderungen durchzusetzen. Außerdem ist auch noch viel Zugang von außerhalb zu verzeichnen. Während ein großer Teil verheirateter Kollegen mit ihren Familien abgereist ist, befehden fremde Klempner diese Stellen, und dann in vielen Fällen den horrenden Lohn von 30 Pf. pro Stunde zu beziehen. Ist es dann ein Wunder, wenn die Meister erklären: „Wer nicht will, der hebe schon, wir kriegen alle Tage Erbs“, oder daß die Firma Schillbau (Schiffsklempnerei) organisierte Stettiner Klempner nicht beschästigt. Nur dadurch, daß die Klempner Stettin meiden, ist es möglich, daß einermäßigen günstiger Konjunktur einen Tarifvertrag abzuschließen. Darum, Kollegen, haltet den Zugang nach Stettin fern, oder zieht vorher Erkundigungen bei der hiesigen Geschäftsleitung ein.

**Ulm a. D.** Die „Christlichen“ erfahren bis jetzt hier unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Nun aber suchen sie sich bemerklich zu machen, wenn auch nur als Streikbrecher und Streikbrecherlieferanten. In den „Neuen Industriewerken“ wurden vor einiger Zeit unsere Verbandskollegen gemobbt, weshalb von uns die Sperre über die Bude verhängt wurde. Die „Christlichen“ suchen sich nun in der Bude einzunisten. Dafür ist Beweis, daß der „christliche“ Metallarbeiter in Duisburg ein Streikbrechergesuch ausgenommen hat, wonach „tüchtige Flaschner“ auf Metallarbeit gesucht werden. Die „christliche“ Metallarbeiterkonturriert also mit dem Hirsch-Dunderscher Regulator um die Palme der Streikbrechervermittlung. Ein nobler Brüderpaar! — Wir können nur allen Kollegen raten, Um fern zu bleiben. Die Löhne sind hier sehr niedrig. Hier reisen wohl viele Kollegen zu, sie schütteln aber den Staub Ulms bald wieder von ihren Stiefeln. Die hiesigen Kollegen fordern wir auf, energig gegen die Mißstände und die schlechte Behandlung anzukämpfen und sich nicht durch „Geschenke“, „Feste“ und schöne Reden von den Unternehmern täuschen zu lassen. Ohne Organisation ist keine Verbesserung unserer Lage möglich. Deshalb, tretet alle ein in den Deutschen Metallarbeiter-Bund!

## Metallarbeiter.

**Dasel.** Bei der Elektricitäts-Gesellschaft Mitho in Münchenstein freuten die Wäcker (80 Mann). Die Firma maßregelte fortgesetzt die Vertrauensleute der Organisation. Als sie nun vor zirka vierzehn Tagen wieder einen Arbeiter maßregelte, beauftragten die Kollegen dies damit, daß sie die Absetzung des Meisters Söhliger und die Wiedereinstellung des entlassenen Kollegen forderten. Weiter forderten sie: 15 Prozent Lohnerhöhung und Abschaffung des Affordabzugs. Anbringung von zwei Ventilatoren. Meinigen der Werkstatt nach Feierabend, für entschuldigte Abwesenheit Wegfall der Bußen, keine Entlassung wegen Zugehörigkeit zur Organisation. Eine Einigung kann nicht zustande, die Firma maßregelte auch noch die Kommission die mit ihr verhandelte. Darauf erfolgte der Streik. Münchenstein ist deshalb für alle Metallarbeiter gesperrt.

**Bielefeld.** Vor einiger Zeit veranstaltete die hiesige Verwaltung eine unter den Mitgliedern eine statistische Erhebung, um festzustellen welche Tageszeitungen von ihnen gelesen werden. Das Resultat ist im allgemeinen als günstig zu bezeichnen, da ein erheblicher Prozentsatz für die für das hiesige Westfalen in Frage kommende Volkswacht steht. Betrag wurden 6257 Kollegen, von diesen werden folgende Zeitungen gelesen:

| Zeitung   | Beschätzte  | Beläge      | Zusammen    |
|---|-------------|-------------|-------------|
| Volkswacht  | von 2166    | 769         | 2935        |
| Generalanzeiger für Bielefeld                         | = 254       | 47          | 301         |
| Westfälische Zeitung                                  | = 130       | 53          | 183         |
| Volkswacht und General-Anzeiger                       | = 117       | 7           | 124         |
| Volkswacht und Westfälische Zeitung                   | = 21        | 3           | 24          |
| Volkswacht, General-Anzeiger und Westfälische Zeitung | = 9         | —           | 9           |
| Andere politische Tageszeitungen                      | = 21        | 9           | 30          |
| keine Zeitung lesen                                   | = 223       | 1173        | 1396        |
| Nien wurden für die Volkswacht gewonnen               | 184         | 122         | 256         |
| <b>Summa:</b>   | <b>3074</b> | <b>2188</b> | <b>5267</b> |

Der größte Teil der Metallarbeiter Bielefelds liebt danach die Presse die für sie als Kampfmittel in Frage kommt. Bedauerlich ist es aber doch, daß es noch viele Kollegen gibt, die Leser der Blätter sind, die zwar oft in Arbeiterfreundlichkeit machen, die aber, wenn es sich um die Kämpfe für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen handelt, die Arbeiterchaft in den Schmutz zu ziehen suchen. Die Lösung lautet fort mit den bürgerlichen Blättern aus den Wohnungen der Arbeiter und Abonnement der Arbeiterpresse.

**Genersbach b. Stuttgart.** Als vor etwa einem Jahre der neue Reichsführer Benal bei der Firma Gretsch & Cie. seinen Posten antrat, bezeichnete eine frohe Stimmung unter den Kollegen der chirurgischen Branche. War doch der Reichsführer Benal als ein eifriges und tätiges Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Bundes bekannt. In diesen Hoffnungen wurden die Kollegen noch bestärkt, weil Benal sich zu Anfang seiner Reichsführerlaufbahn des öfteren dahin aus sprach, die Bedenken der Kollegen mißten höher werden, namentlich wollte er dafür sorgen, daß ihnen durch größere Afforde ein besserer Verdienst gesichert wird. Das waren schöne Worte. Wenn ein Affordabzug stattfinden soll, nimmt Benal sein Preisbuch und erklärt: Hier steht es, so und so viel gibt es bloß dafür, ich habe den Preis nicht gemacht, der steht schon vom vorhergehenden Reichsführer da. Wenn ihm dann ein Kollege entgegenhält, daß beim früheren Reichsführer für den Artikel doch viel mehr bezahlt wurde, so lautet seine Antwort wiederum: Das ist mir wurscht, jetzt gibt es eben nicht mehr, denn hier steht es. Auch hat er ganz erstaunliche Kenntnisse in Teilung der Afforde, wobei natürlich niemals der volle Preis herauskommt. Wer fünf Minuten zu spät kommt, dem wird der Lohn für eine Viertelstunde abgezogen, so daß Benal in zirka sechs Monaten 30 M. der Straffasse zuwenden konnte; der frühere Reichsführer brachte es in zwei Jahren bei der gleichen Arbeiterzahl nur auf 7 M. In puncto Humanität merkt man dem Reichsführer Benal den früheren Verbandskollegen nicht mehr an. Strauss und Schneider tritt der früher für alle Verbesserungen schwärmende Benal auf. Auch vertritt er sich darauf, ihm unlieb gewordenen Arbeiter aus dem Betrieb zu stellen. Da eine Steigerung dieses rückfälligen Verhaltens fortwährend stattfindet, so sehen sich die Kollegen veranlaßt, Stellung zu nehmen und Herrn Benal ein energisches: Bis hierher und nicht weiter! zu sagen.

**Frankfurt a. M.** Eine gut besuchte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Bundes tagte am 18. April im großen

Saale des Gewerkschaftshauses. Die Mitgliederzunahme im ersten Quartal betrug um 1000, ihre Zahl stieg von 4252 auf 5252. Kollege Dismann wies in seinem Geschäftsbericht auch auf die erfreulichen Ergebnisse des Jahresberichts hin, der uns eine nennenswerte Stärkung der Organisation am Orte zeigt. Sie spornen uns zur weiteren Anspannung aller Kräfte an, um recht schnell vorwärts zu kommen. Das System der besoldeten Beitragsheber hat im vergangenen Quartal eine weitere Verbilligung erfahren durch den erhöhten Absatz der Beiträge, die Kosten der verkauften Marken sind gegenüber dem vorigen Quartal gesunken um 0,21 Pf. Differenzen waren im verfloffenen Quartal in 27 Fällen zu schlichten, in 10 Fällen gelang es, eine Lohnverhöhung zu erzielen, in 5 Fällen eine Lohnverhöhung mit einer Verkürzung der Arbeitszeit, in 2 Fällen erzielte man eine Beförderungs- oder Überstunden, in 7 Fällen handelte es sich um Maßregelungen, wobei es allerdings nur zum Teile gelang, die Wiedereinstellung der Entlassenen zu erreichen. Die übrigen Fälle bezogen sich auf die verschiedensten Differenzen. Dismann erklärte des weiteren, daß in manchen Fällen eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, wie Lohnverhöhungen u. s. w., zu verzeichnen ist, die lediglich dem wachsenden Einfluß der Organisation zuzuschreiben ist. Will man die Tätigkeit der Organisation richtig einschätzen, dürfen diese Erscheinungen nicht übergegangen werden. Er erläuterte dann noch kurz den bisherigen Gang der Formbewegung, wobei er auf die Tätigkeit der Scharmacher hinwies, die eine friedliche Verständigung hintertreiben wollen, um einen allgemeinen Kampf zu provozieren. Redner ermahnt die Kollegen, jederzeit auf dem Posten zu sein. Punkt 3 betraf die Festsetzung bestimmter Normen zur Unterstützung nichtunterstützungsberechtigter Mitglieder bei Streiks, soweit es sich um deren Unterstützung durch die Lokalkasse handelt. Auch in diesem Punkte wurden die Vorschläge der Vertrauensmännerversammlung akzeptiert. Erwähnt sei dabei noch der weitere Beschluß, daß bei Streiks, welche über zwei Wochen dauern, den vollberechtigten Mitgliedern, soweit sie verheiratet sind oder für einen Hausstand mit sorgen müssen, ein wöchentliches Zuschuß von 2 Mk. aus der Lokalkasse gewährt werden soll, von der ersten Woche des Streiks an gerechnet.

**Hannover.** In aller Stille hat sich hier ein Lohnkampf der Nabler und aller in der Drahtwarenindustrie beschäftigten Arbeiter abgespielt. Im vorigen Jahre wurde ein Arbeitsvertrag zwischen den Drahtwarenfabrikanten S. Hentschel, Grimm & Co. und Jakob & Drebach und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband abgeschlossen, der bis 1. April d. J. Gültigkeit hatte. Bei den Verhandlungen um Erneuerung des Tarifs zeigten die Unternehmer nur wenig Entgegenkommen. Deshalb legten am 2. April sämtliche Nabler die Arbeit nieder. Auf Grund der weiteren Verhandlungen, die dann mit dem Vertreter unserer Organisation geführt wurden, erfolgten weitere Zugeständnisse, so daß am 19. April die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Folgende Verbesserungen des auf zwei Jahre abgeschlossenen Tarifs wurden erreicht: Die Arbeitszeit, die jetzt die Woche 59 Stunden beträgt, wird am 1. April 1907 auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt. Der Mindestlohn der Nabler, Siebmacher und Drehheber wird erhöht bis um 3 Pf. für dieses, bis um 7 Pf. die Stunde für nächstes Jahr, er beträgt alsdann 52 Pf. Der Lohn der Arbeiter, die als Spinner u. s. w. beschäftigt werden, steigt um 2 Pf. für dieses, um 5 Pf. im nächsten Jahre. Für die in der Drahtwarenindustrie beschäftigten Schlosser fand ein neuer Absatz Aufnahme, danach betragen die Löhne für Schlosser im ersten Jahre nach der Lehre 30 und 33 Pf., im zweiten Jahre nach der Lehre 33 und 36 Pf., für alle übrigen mindestens 38 und 42 Pf. Die Schlosser, die diese Löhne und darüber schon haben, erhalten 2 Pf. Erhöhung. Für Hilfsarbeiter steigen die Löhne um 1 Pf. pro Stunde während der Dauer der Tarifgültigkeit. Während unsere Giebereibesitzer einen Lohn von 35 Pf. die Stunde als mainnehmbar bezeichnen, beträgt der Lohn für die Hilfsarbeiter in den Drahtwarenfabriken 36 und 39 Pf. Die Montagezulage ist erhöht von 2 Mk. pro Tag einklusive Sonntag und letzten Arbeitstag auf 2,25 Mk. inklusive Sonntag, für den letzten Arbeitstag beträgt die Zulage 1 Mk.

**Luzernburg.** Mit großer Genugtuung haben die Kollegen im Bezirk Luzernburg die Abrechnung unseres Verbandes in Nr. 14 der Metallarbeiter-Zeitung entgegengenommen. Dem sie hat jedem Kollegen gezeigt, daß es trotz des brutalen Vorgehens gegen unsere Organisation vorwärts geht. Hier im Luzernburgischen hängt das Kapital an seine Macht zu erproben, es glaubt, die schönen Aufträge der Organisation der hiesigen Metallarbeiter zertrennen zu können. So versuchte Anfangs Februar das Differenzierender Hüttenwerk unsere organisierten Kollegen zum Streit zu provozieren. Es glaubte schon seinen Zweck erreicht zu haben. Aber für die Arbeiter war zu einem Kampfe der ungünstigste Zeitpunkt. Dies haben die Kollegen auch ein und ließen sich nicht zum Streit durch das Kapital provozieren, zum größten Ärger der Hüttenbarone und zum Leidwesen der Scharmacherpresse. Die gemäßigten Kollegen werden nun durch schwarze Listen verfolgt. Die Hüttenbarone, die mit solchen Mitteln die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten gedenken, sind rechte Loren. Mit Recht bemerkte ein gemäßigter Kollege: Mit Wind bläst man kein Feuer aus, sondern es lodert dadurch desto gewaltiger auf. Die Resultate, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband hier erzielt hat, lassen die Christlichen nicht ruhen. Neid und Ärger erfüllt sie. Ihre schon an anderen Orten verübten Schustereien und Verrätereien versuchten die laubenden Brüder in Christo auch hier zu verüben. Nicht genug, daß so ein christlicher Bruder den Schutz und Verräter bei den streikenden Metallarbeitern im Erzbecken von Longwy spielte, indem er den Gen darmen Spionagedienste leistete und in einem Scharmacherblatt unseren Agitatoren die Gen darmen durch Lügen auf die Fersen hefte, man wollte auch die Arbeiter hier unzeitig machen durch Gründung eines Christlichen Metallarbeiter-Verbandes. In der ersten Versammlung, die zu diesem Zwecke in Rodingen einberufen war, fungierte der durch seine christliche Schusterei beim Streit in Longwy bekannte Herr als Referent. Unser Revolutionskämpfer Thimann leuchtete dem Buchstaben dermaßen heim, daß die ganze Versammlung auf unsere Seite trat und der christliche Bruder nicht mehr wußte, was er entgegennehmen sollte. Der Redakteur eines Scharmacherblattes und ein Advokat kamen ihm zu Hilfe, verwochten aber an der Niederlage der Christlichen nichts zu ändern. Und so wurde ohne Sang und Klang die Versammlung geschlossen. Eine zweite, die von dieser Seite einberufen und wozu die Christlichen sich einen Referenten aus Essen verschrieben hatten, tagte unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Damit hatten aber die Christlichen genug, sie gründeten nun einen katholischen Volksverein, in den sie die Bauern aufnehmen, da die Arbeiter hier im Erzbecken sich nicht lockern lassen. Auch in Dübelingen, wo uns bisher die Lokale abgetrieben wurden, und wo es uns gelang, in letzter Zeit ein Lokal freizubekommen, haben wir trotz der Hüttenpapas festen Fuß gefaßt. In allen Orten im Luzernburgischen geht es vorwärts. Im Donnemdingen Hüttenwerk ist unter den Arbeitern eine große Wahrung. Um diese zu beschwichtigen, hat der Direktor Bian jedem Maschinenarbeiter 20 Pf. pro Tag Lohnzulage gegeben. Die Herren Aktionäre erhalten aber 260 Jrs. pro Aktie! Auch in Donnemdingen werden die Arbeiter bald zahlreicher zur Organisation stoßen, haben wir doch schon eine Anzahl von ihnen in unseren Reihen. Überall Fortschritte! Und wir in der schwarzen Gede Luzernburgs werden unermüdlich tätig sein, um weitere Erfolge zu erringen.

**Magbach.** Einsetzung eines Arbeiterausschusses. — In der Süddeutschen Metallwarenfabrik wurden vor drei Wochen die Arbeiter bei der Direktion wegen Einsetzung eines Arbeiterausschusses vorbestellt. Herr Roland jun., der als einziger Vertreter der Firma anwesend war, konnte der Kommission keine bindende Zusage erteilen, er gab deshalb den Befehl, zu warten, bis die anderen Herren der Direktion zurück seien. Nach etwa acht Tagen teilte man der Kommission mit, daß es doch nicht nötig sei, einen Arbeiterausschuß einzusetzen, da jeder einzelne Arbeiter etwaige Beschwerden auf dem Bureau anbringen könnte. Wo ihm dann bereitwillig entgegenkommen werde. Zudem wäre in der Zwischenzeit noch eine Kommission der Arbeiter vorbestellt worden, die erklärte, keinen Arbeiterausschuß nötig zu haben. Die erste Kommission war durch eine gut besuchte Versammlung gewählt und beauftragt, die zweite Kommission solle aber spigendermaßen zustande: Eine einflussreiche Persönlichkeit

des Betriebs veranlaßte einen Herrn Tretter (durch einige Schoppen), sich Gleichgesinnte zu suchen und mit diesen der Direktion die Erklärung abzugeben, daß ein Ausschuß der Arbeiter nicht nötig sei. Zu bedauern ist, daß sich Tretter sofort auf die Suche machte und auch noch fünf Kumpans fand, die die Gelegenheit wahrnahmen, sich bei den Fabrikherren in ein gutes Licht zu bringen. Diese Herren sind: Mohr, Vorarbeiter der Schleifer; Lingenfelder, Bernicker; Wulpus, Dreher; Neumann, Metallbrüder; Wabelokty, Tagelöhner. Tretter besitzt in keiner Weise das Vertrauen der Arbeiter der Süddeutschen Metallwarenfabrik. Er ist das Ebenbild seines Auftraggebers.

**Stuttgart.** Die Differenzen bei Fein sind beseitigt, die Sperre ist aufgehoben.

**Werftarbeiter.**

**Wilhelmshaven.** Es ist bekannt, daß die Flottenpatrioten namentlich in den Werftorten eifrig mit der Behauptung haufiert haben, daß bei dem Bau von vielen Kriegsschiffen auch viele fleißige Arbeiter „bauernde“ und „lohnende“ Arbeit fänden. Auf solche Weise suchte man an der Wasserfront die kostspieligen Flottenprojekte schmachtig zu machen. Wie sieht es damit in Wirklichkeit aus? Nachdem vor einigen Jahren die Arbeiterschaft auf der Kaiserlichen Werft in Kiel durch sorgfältige Entlassungen beunruhigt worden ist, scheint man auf der hiesigen Werft ähnliche Experimente vornehmen zu wollen. Während an anderen Orten die Werften im großen und ganzen gut beschäftigt sind, hat man auf der hiesigen Kaiserlichen Werft in der Gießerei und in der Hammer Schmiede einem Teil der Arbeiter direkt gekündigt und einem weiteren Teil die Kündigung in Aussicht gestellt. Alles wegen „Mangel an Arbeit“. Die Arbeiter der Gießerei bewiesen aber, daß ihnen das Wort „Solidarität“ kein leerer Schall ist. In einer Eingabe an die Direktion erklärten sie sich bereit, eine zeitweilige Verkürzung der Arbeitszeit — selbstverständlich unter gleichzeitiger Kürzung des Lohnes — hinzunehmen, damit die von der Kündigung betroffenen Kollegen, die zum Teil sechs, acht Jahre und noch länger dort beschäftigt sind, die Weiterbeschäftigung zu ermöglichen. Dieses einmütige Vorgehen der Kollegen konnte die Werftverwaltung nicht ignorieren. Sie veröffentlichte deswegen einen Anschlag, wonach vom 20. April an für die Arbeiter der Gießerei und der Hammer Schmiede die Arbeitszeit auf acht Stunden reduziert werden sollte. Dem Außenstehenden kann diese Handlungsweise der Werftleitung nur vorerret erscheinen. Dem Eingeweihten muß sie aber wie ein regelrechtes Scheinmanöver vorkommen. Erscheint es nicht wie ein blutiger Hohn, daß man bei dieser Hochkonjunktur, wo alle Werften stark beschäftigt sind, wo Millionen und Abermillionen für Erweiterungen der Reichswerften, Sozialanlagen und Schiffsvermehrungen ausgegeben werden, Arbeiter wegen „Mangel an Beschäftigung“ entläßt? Dabei hat man noch einen Teil der Arbeiter für Neubau und Reparaturen, die recht gut von der Werft selber ausgeführt werden können, an Privatsfirmen vergeben. In der Hammer Schmiede entläßt man Arbeiter, und Arbeiter, die sonst dort ausgeführt worden sind, hat man nach Essen vergebelt! Da wundern man sich noch, wenn die Leute auf wenig respektvolle Gedanken kommen. Es kommt noch eins hinzu. Die Kaiserliche Werft ist der einzige namhafte Großbetrieb am Orte und vor hier aus irgend einem Grunde seine Arbeit aufgeben muß, ist fast stets gezwungen, mit Kind und Kegel auch den Ort zu verlassen. Es dürfte ferner unsere Kollegen interessieren, etwas aus den Abrechnungen unserer Verwaltungsstelle über die Fluktuation unter unseren Mitgliedern am Orte zu erfahren.

|            | Es reisten zu im Jahre und fanden Beschäftigung | Es reisten ab wegen Arbeitsmangel |
|------------|---|-----------------------------------|
| 1902:      |   |                                   |
| I. Quartal | 12  | 34                                |
| II. „      | 18  | 40                                |
| III. „     | 42  | 42                                |
| IV. „      | 52  | 48                                |
|            | 124   | 164                               |
| 1903:      |   |                                   |
| I. Quartal | 16  | 47                                |
| II. „      | 13  | 39                                |
| III. „     | 27  | 53                                |
| IV. „      | 27  | 82                                |
|            | 83  | 281                               |
| 1904:      |   |                                   |
| I. Quartal | 23  | 50                                |
| II. „      | 17  | 74                                |
| III. „     | 14  | 71                                |
| IV. „      | 31  | 62                                |
|            | 85  | 257                               |
| 1905:      |   |                                   |
| I. Quartal | 32  | 61                                |
| II. „      | 34  | 117                               |
| III. „     | 26  | 106                               |
| IV. „      | 24  | 41                                |
|            | 116   | 335                               |

Nach der amtlichen Statistik wurden aus der Werft beschäftigt im Jahre 1902: 7328, 1903: 7291, 1904: 7054 Arbeiter. Es wurden Löhne bezahlt im Jahre 1902: 8432039 Mk., 1903: 8715881 Mk., 1905: 9362675 Mk. Der amtliche Bericht für 1905 ist noch nicht herausgegeben. Mit Sicherheit wird sich aber das Ergebnis für die hiesige Arbeiterschaft ungünstiger gestalten. Aber nicht nur die Arbeiterschaft wird auf diese Weise geschädigt, sondern auch sehr viele Geschäftsleute haben großen Nachteil davon. Diese ganzen Vorgänge machen so recht den Eindruck einer unüberlegten Wirtschaft. Wenn man schon so „großartige“ Flottenpolitik machen will und zu diesem Zwecke Arbeiter aus allen Gegenden Deutschlands herbeiführt, die ohne die Flottenpolitik anderswo ebenjogut ihr Brot verdienen würden, so soll man auch die Konsequenzen tragen und den Arbeitern nicht auf solche Weise den Stuhl vor die Füße setzen. Unsere Kollegen im Binnenland, die vielleicht die Absicht hegen, an die Wasserfront zu gehen, machen wir auf die hier herrschenden Zustände aufmerksam und empfehlen ihnen, in ihrem eigenen Interesse Wilhelmshaven vorläufig zu meiden.

**Rundschau.**

**Gewerkschaftliches.**

Der sechste Verbandstag des Verbandes der Sattler Deutschlands tagte vom 16. bis 19. April in Dresden. Der Verband ist von 3600 Mitgliedern im Jahre 1903 auf 6400 Mitglieder gestiegen. Von den Beschlüssen, die gefaßt worden sind, ist hervorzuheben, daß in Zukunft die Genehmigung zu Angriffskämpfen nur dann gegeben werden soll, wenn vier Fünftel der Beteiligten sich in geheimer Abstimmung dafür erklären. Derselbe Abstimmungsmodus soll auch für die Kündigung von Tarifverträgen gelten. An Unterstützungen bei Streiks und Aussperrungen sollen künftig gewährt werden: bei mindestens halbjähriger Mitgliedschaft für männliche verheiratete Mitglieder wöchentlich 15 Mk., für ledige 19 Mk., für weibliche 8 Mk.; bei mehr als 13 und weniger als 26 Wochenbeiträgen betragen die Sätze 12, 10 und 7 Mk. Familienväter erhalten für jedes Kind 1 Mk. pro Woche bis zu 5 Mk. Weibliche Mitglieder mit Kindern ohne Erzhörer erhalten 10 Mk. pro Woche und gleichfalls bis zu 5 für jedes Kind 1 Mk. Bei einer Mitgliedsdauer von weniger als 19 Wochen werden für männliche Mitglieder 9 Mk. und für weibliche 6 Mk. Streikunterstützung gezahlt. Aus Leipzig lag ein Antrag vor, wonach bei Streiks und Aussperrungen politischer Natur, sowie durch die Kaiserfeier entstehende Konflikte die Unterstützungsfrage für Maßregelungen in Kraft treten sollen. Von verschiedenen Seiten wurde aber darauf hingewiesen, daß bei Zulassung von Massenstreiks politischer Art rein ideelle Interessen in Frage kommen und schon infolge der allgemeinen Verteilung die Mittel des Verbandes sofort aufgebraucht würden. Das sei aber auch schon

um deswillen nicht nötig, weil ein politischer Massenstreik seiner ganzen Natur nach nur von kurzer Dauer sein könne. Die Unterstützung bei einem solchen wurde abgelehnt, dagegen die Gewährung von Unterstützung im Falle der Maßregelung nach der Kaiserfeier angenommen. Das Gauleitersfest soll weiter ausgebaut werden. Der Beitrag für männliche Mitglieder wurde von 40 auf 45 Pf. erhöht. Die Karenzzeit für alle Unterstützungsweige soll 52 Wochen dauern. Ferner wurde noch folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die sechste Generalversammlung des Verbandes der Sattler beauftragt den Zentralvorstand, in absehbarer Zeit die Zentralvorstände der Sattler, Lederarbeiter, Sattler, Schuhmacher und Portefeulles-Verbände zu einer Konferenz einzuberufen, um eine Aussprache zwecks Gründung eines allgemeinen Lederarbeiter-Industrieverbandes herbeizuführen.“

Der erste Verbandstag des Zentralverbandes der Glaser tagte vom 14. bis 16. April in Mannheim. Anwesend waren vierundvierzig Delegierte. Nach dem Vorstandsbericht ist die Mitgliederzahl von rund 3000 Mitglieder im Jahre 1903 auf 5000 angewachsen. Die Fluktuation ist sehr stark; im Laufe der Berichtsperiode sind 4700 Mitglieder ausgenommen und 2300 ausgetreten oder gestrichen worden. Ein Antrag auf Übertritt zum Holzarbeiter-Verband wurde mit 35 gegen 9 Stimmen abgelehnt, desgleichen ein Antrag, vor dem nächsten Verbandstag eine Urabstimmung über den Übertritt vorzunehmen. Der Beitrag wurde von 30 auf 45 Pf. erhöht. Ein Antrag auf Einführung von Erwerbslosenunterstützung wurde abgelehnt. Bei der Reiseunterstützung wurden die Kilometergebeur abgelehnt und ein Tagelohn von 1,25 Mk. eingeführt.

Am 8. und 9. April tagte in Leipzig der dritte internationale Kürschnerkongress. Während der Ostertage fand in Weissenfels der zweite Verbandstag des Zentralverbandes der Kürschner statt. Ein Handlungshilfsarbeiter-Kongress fand vom 16. bis 18. April in Berlin statt. Anwesend waren 134 Delegierte. Vertreten waren der Handels-, Transport- und Verlehrsarbeiter-Verband mit 25000 Mitgliedern, ferner noch verwandte Organisationen — auch solche lokaler Richtung — mit im ganzen etwa 10000 Mitgliedern. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Arbeitsverhältnisse der Handels- und Verlehrsarbeiter und deren Forderungen. 2. Entsprachen die gegenwärtigen Bestimmungen über die Sonntagsruhe den berechtigten Wünschen der Handels- und Verlehrsarbeiter? 3. Der Achtuhr-Adamschluß und Beschäftigungsfrage. 4. Der Schluß-Adamschluß. 5. Die Unfallversicherung der Handels- und Verlehrsarbeiter. Es wurde beantragt, noch als 6. Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: „Der Wert der Einzelorganisationsorganisation.“ Dieser Antrag rief Proteste der Lokalkassen hervor, die drohten, den Kongress zu verlassen, wenn der Antrag angenommen würde. Man einigte sich schließlich dahin, die Erörterungen dieser Angelegenheit zunächst von der Tagesordnung abzusetzen; dies geschah in der Hoffnung, daß inzwischen die mit gebundenem Mandat erschienenen Delegierten der auf ihre Selbständigkeit bedachten Lokalkassen sich inzwischen eine Instruktion aus ihrer Heimat holen könnten, die ihnen die Anwesenheit bei Erörterung der erwähnten Frage ermöglicht. Am zweiten Verhandlungstag fand noch eine kurze Debatte über die Einigungsfrage statt, die mit dem Beschluß endete, daß der Zentralverband eine besondere Konferenz der in Betracht kommenden Vereine einberufen soll.

Der Gedanke, daß es für die kleineren Gewerkschaften besser ist, sich an größere Verbände anzuschließen, bricht sich immer weiter Bahn. Vom 16. bis 18. April tagte in Leipzig die sechste Generalversammlung des Verbandes der Vergolder. Bekanntlich hatten sich die Mitglieder dieser Organisation schon früher im Prinzip für Übertritt zu dem Holzarbeiter-Verband erklärt. Die Generalversammlung, die sich noch mit den Übertrittsbedingungen zu befassen hatte, beschloß mit 19 gegen 4 Stimmen gleichfalls den Übertritt. Dieser soll am 1. Oktober erfolgen. Die schweizerischen Mitglieder des Verbandes sollen sich dem schweizerischen Holzarbeiter-Verband anschließen. — Weiter ist bemerkenswert, daß die fünfte Generalversammlung des Zentralverbandes der Sulfateure und verwandten Berufsgenossen, die um dieselbe Zeit gleichfalls in Leipzig tagte, nach lebhafter Debatte eine Resolution annahm, wonach der Vorstand und der Ausschuß mit dem Zentralverband der Maurer wegen einer Verschmelzung verhandeln und das Resultat dann einer Urabstimmung unterwerfen sollen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beauftragt den 3. und 4. Juni nach Magdeburg eine Konferenz der auf Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ein. Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen: 1. Die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Ziegeleien. 2. Die Verbesserung der Lage der Ziegeleiarbeiter durch gewerkschaftliche Organisation und durch gesetzliche Maßnahmen. 3. Die Organisation der Ziegler. Zutritt zur Konferenz haben alle auf Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich durch ein Mandat ihrer Kollegen und Kolleginnen als zur Konferenz delegiert ausweisen können.

Auch der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein hat einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen. Die Nummer 16 seines Organs, die Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung, ist in einer Auflage von 6000 Exemplaren erschienen. Dies Ereignis wird von der Redaktion des Blattes in einem Artikel gefeiert. Es hat aber auch die gesamte Arbeiterschaft Ursache, sich dieses Fortschritts zu freuen, der um so höher anzuschlagen ist, als der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein seine Agitation unter teilweise noch sehr rückständigen Leuten betreiben muß und in den letzten Jahren außerdem noch allerlei Kämpfe mit „christlichen“ Quertreibern à la Behrens und Kompanie zu bestehen hatte.

Vom 2. bis 6. April tagte in Nürnberg der zweite Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands. Anwesend waren 73 Delegierte. Der Verband, der früher auf dem Vertrauensmännerystem basierte, nahm erst vor vier Jahren die Form eines festen Verbandes an. Nach dem Vorstandsbericht hatte der Verband Ende März 1906 etwa 15000 Mitglieder. Die Fluktuation ist sehr groß. In den letzten zwei Jahren sind 24000 Mitglieder neu eingetreten, aber nur 7000 dem Verband treu geblieben. Das Vermögen betrug Ende 1905 208390 Mk. Beschlossen wurde, das Verbandsorgan mindestens sechs Seiten stark erscheinen zu lassen. Ferner sollen im ganzen sechs besoldete Gauleiter angestellt werden; auch wird der Vorstand ermächtigt, in Orten, wo die Verhältnisse es erfordern, besoldete Ortsbeamte anzustellen. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde abgelehnt, dagegen die der Krankenunterstützung angenommen. Die Reiseunterstützung wurde von 60 Pf. täglich auf 75 Pf. und die Gesamtsumme von 36 Mk. auf 45 Mk. erhöht. Vom 1. Juli ab ist ein in allen Klassen um 5 Pf. erhöhter Beitrag zu zahlen.

**Die Lokalkassen**

sind auch einmal wieder „beisammen gewest“. Vom 17. bis 19. April tagte in Berlin der siebente Kongress der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“. Anwesend waren 66 Vertreter aus 19 Bezirken. Sie vertraten im ganzen in 13 Zentralisationen 13177 und in 11 Lokalkassen 1631 Mitglieder. Eine Tabelle über den Verlauf der Streiks und Lohnbewegungen ergibt, daß zwei mit vollem Erfolg endeten, 27 mit Vergleich und 24 erfolglos waren. Tarifverträge wurden in 25 Fällen abgeschlossen. Hierzu wird bemerkt, daß der größte Teil dieser Tarifabschlüsse darauf zurückzuführen ist, daß an den betreffenden Orten Zentralverbände bestehen, deren Streben auf solche Verträge gerichtet ist, wodurch sich die Lokalkassenorganisationen, um den Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht einzubüßen, genötigt sahen, sich an den Verträgen zu beteiligen. Aus diesen Angaben ist zu ersehen, wie gering die praktischen Erfolge dieser Leute sind. Es ist deswegen auch gar nicht zu verwundern, daß sie — nachdem ihre bisherige Proklamierung ihnen nichts geholfen hat — sich nach einem neuen „Kampf“ und Zugmittel umsehen. Dazu soll der Friedebergische „Generalkrieg“ als Mittel zur Niederwerfung der Klassenherrschaft dienen. — Wenn irgend etwas sich in dem Unanpassungskampf des Proletariats als überflüssig erwiesen hat, so ist es diese Gefolgschaft der Herren Friedeberg und Kater. Daß in der ersten Zeit nach dem Erscheinen des Ausnahmegesetzes bei manchem die Ansicht vorhanden war, es sei notwendig, daß die gewerkschaftliche Organisation auch die politische Aktion mit zu befragen habe und es seien aus diesem Grunde bei dem damals noch bestehenden Verbindungsverbot für politische Vereine

